

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Wahlkreis-Kommission für die 7. Wahlperiode des Deutschen Bundestages gemäß § 3 Bundeswahlgesetz (BWG)

Inhalt	Seite
A. Aufgaben, Zusammensetzung und Tätigkeit der Kommission	2
B. Ergebnis der Überprüfung der gegenwärtigen Wahlkreisgrenzen	2
1. Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung	2
2. Auswirkungen der kommunalen Grenzänderungen	6
C. Vorschläge der Kommission zur Änderung der Wahlkreiseinteilung	7
1. Grundsätze	7
2. Die Vorschläge im einzelnen	9
Schleswig-Holstein	12
Hamburg	13
Niedersachsen	13
Bremen	13
Nordrhein-Westfalen	13
Hessen	14
Rheinland-Pfalz	14
Baden-Württemberg	14
Bayern	15
Saarland	15
A n l a g e n	
1. Die gegenwärtigen Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 1. Januar 1973	16
2. Die vorgeschlagenen Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 1. Januar 1973	20
3. Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise	23

A. Aufgaben, Zusammensetzung und Tätigkeit der Kommission

1. Nach § 3 BWG ernennt der Bundespräsident eine ständige Wahlkreiskommission. Sie besteht aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts und fünf weiteren Mitgliedern.

Zu Mitgliedern der Wahlkreiskommission für die 7. Wahlperiode des Deutschen Bundestages wurden ernannt:

Dr. Hildegard Bartels, Präsident des Statistischen Bundesamtes,

Professor Dr. Hermann Feneberg, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs,

Professor Dr. Walter Fürst, Vorsitzender Richter und ständiger Vertreter des Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts,

Dr. Karl Ganser, Direktor des Instituts für Landeskunde in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung,

Dr. Walter Gensior, Ltd. Ministerialrat im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen,

Dr. Hans Kellner, Regierungspräsident in Hildesheim,

Dr. Werner Schmidt, Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein.

Die Kommission trat am 14. März 1973 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Sie wählte zu ihrem Vorsitzenden Präsident Dr. H. Bartels, zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden Präsident a. D. Prof. Dr. Feneberg, und gab sich eine Geschäftsordnung.

Weitere Sitzungen fanden am 18. Mai, 20. Juli, 14. September, 19./20. Oktober und 15./16. November 1973 statt.

2. Die Kommission hat die Aufgabe, die Veränderungen der Zahl der deutschen Bevölkerung im Wahlgebiet zu beobachten und

jeweils im Laufe des ersten Jahres nach Zusammentritt des Bundestages der Bundesregierung einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten.

Dabei ist sie an folgende Vorschriften in § 3 BWG gebunden:

Jeder Wahlkreis muß ein zusammenhängendes Ganzes bilden;

Ländergrenzen müssen, Stadt- und Landkreisgrenzen sollen nach Möglichkeit bei der Einteilung der Wahlkreise eingehalten werden. Die Abweichung von der Durchschnittszahl der deutschen Bevölkerung der Wahlkreise soll beim einzelnen Wahlkreis nicht mehr als 33 $\frac{1}{3}$ % nach oben oder unten betragen.

3. Das Wahlrechtsreferat im Bundesministerium des Innern wurde gemäß § 3 der Geschäftsordnung zu den Sitzungen eingeladen. Vertreter des Ministeriums waren bei allen Sitzungen zugegen. § 3 der Geschäftsordnung bestimmt auch, daß jede Landesregierung Gelegenheit erhält, für ihr Land gegenüber der Kommission zur Wahlkreiseinteilung Stellung zu nehmen. Von dieser Möglichkeit haben die Landesregierungen Gebrauch gemacht. Die politischen Parteien hatten gleichfalls Gelegenheit zur Stellungnahme. Eine Notwendigkeit, Sachverständige zu hören und Gutachten einzuholen ergab sich nicht. Da die Vorbereitung und Durchführung einer Bundestagswahl eng mit der Tätigkeit der inneren Verwaltung verknüpft ist, hielt es die Kommission jedoch für zweckmäßig, in ihrer Arbeit engen Kontakt mit den Landesregierungen und ihren für Wahlangelegenheiten zuständigen Ressorts zu halten.
4. Sämtliche dem Bericht zugrunde liegenden Beschlüsse wurden von der Kommission einstimmig gefaßt.

B. Ergebnis der Überprüfung der gegenwärtigen Wahlkreisgrenzen

1. Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung

Die gegenwärtige Einteilung des Wahlgebietes (ohne Berlin) in 248 Bundestagswahlkreise ergibt sich aus § 2 Abs. 2 und der Anlage zum BWG in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juli 1972

(Bundesgesetzbl. I S. 1100) in Verbindung mit der „Bekanntmachung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland“ vom 29. September 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1849). Die Überprüfung der gegenwärtigen Wahlkreise wie auch die Änderungsvorschläge der Kom-

Gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 des Bundeswahlgesetzes (BWG) zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 7. Dezember 1973 — V I 5 — 121 117 — 1/10.

Der Bericht der Wahlkreiskommission wird nach § 3 Abs. 2 Satz 3 BWG auch im Bundesanzeiger veröffentlicht.

mission gehen von dieser Wahlkreiseinteilung aus. Für die Überprüfung der Bevölkerungsentwicklung in den so abgegrenzten Wahlkreisen standen der Kommission als neueste Zahlen Unterlagen des Statistischen Bundesamtes, der Statistischen Landesämter und der Statistischen Ämter der Städte über die auf der Basis der Ergebnisse der Volkszählung 1970 fortgeschriebene Wohnbevölkerung nach dem Stand am 1. Januar 1973 zur Verfügung. Da nur die deutsche Bevölkerung maßgebend ist (vgl. § 3 Abs. 2 BWG), waren hiervon die Zahlen über die im Bundesgebiet wohnenden Ausländer abzuziehen. Diese Zahlen stellte, ebenfalls nach dem Stand am 1. Januar 1973, das Bundesverwaltungsamt (Ausländerzentralregister) bereit. Sie lagen jedoch nur für kreisfreie Städte und Landkreise vor. Für Großstädte mit mehreren Wahlkreisen sowie für Landkreise, die von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden, mußten daher die Zahlen der Ausländer und damit auch die Zahlen über die *deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973* für die betreffenden Kreis- bzw. Gemeindeteile anteilig aufgeschlüsselt werden. Das Vorliegen neuerer Bevölkerungszahlen konnte die Kommission nicht abwarten, weil sie nach § 3 Abs. 2 BWG gehalten war, ihren Bericht im Laufe des ersten Jahres nach dem Zusammentritt des 7. Deutschen Bundestages, also bis spätestens 13. Dezember 1973, zu erstatten.

Zunächst wurde geprüft, ob die *Verteilung der 248 Wahlkreise auf die Länder* noch der derzeitigen Bevölkerungsverteilung entspricht. Dabei ergab sich

aufgrund der Zahlen für die deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 (Übersicht 1), daß — rechnerisch betrachtet — dem Lande Hamburg statt bisher 8 nur noch 7 und dem Lande Nordrhein-Westfalen statt 73 nur noch 71 Wahlkreise zustehen, andererseits dem Lande Niedersachsen statt bisher 30 nunmehr 31, dem Lande Baden-Württemberg statt bisher 36 nunmehr 37 und dem Lande Bayern statt bisher 44 nunmehr 45 Wahlkreise zufallen. Das beruht darauf, daß seit dem 1. Januar 1970, dem Stichtag für die Bevölkerungszahlen des letzten Berichts, die deutsche Bevölkerung in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen*) relativ am stärksten abgenommen hat, während sie in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern Zunahmen zu verzeichnen hatte.

Nach der Verteilung der Wahlkreise auf die Länder wurden die *Abweichungen der deutschen Bevölkerung in den Wahlkreisen vom Bundesdurchschnitt* untersucht. Über die deutsche Bevölkerung in den gegenwärtigen Wahlkreisen und die Abweichungen dieser Zahlen vom Bundesdurchschnitt unterrichtet Anlage 1. Zusammengefaßte Ergebnisse enthält Übersicht 2, einen namentlichen Nachweis der gegenwärtigen Wahlkreise mit einer Abweichung der

*) Für Nordrhein-Westfalen wurde schon im Bericht der Wahlkreiskommission für die 6. Wahlperiode des Deutschen Bundestages auf die Notwendigkeit einer Minderung der Zahl der Wahlkreise um 1 (von 73 auf 72) hingewiesen.

Übersicht 1

Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 und Verteilung der Wahlkreise auf die Länder

Land	Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973		gegenwärtig	Zahl der Wahlkreise			
	Anzahl	%		nach der deutschen Bevölkerung am 1. Januar 1973		mehr	weniger
				auf Dezimalstellen **)	gerundet	als bisher	
Schleswig-Holstein	2 502 148	4,4	11	11,009	11	—	—
Hamburg	1 674 726	3,0	8	7,369	7	—	1
Niedersachsen	6 986 884	12,4	30	30,742	31	1	—
Bremen	704 622	1,3	3	3,100	3	—	—
Nordrhein-Westfalen	16 167 553	28,7	73	71,136	71	—	2
Hessen	5 147 957	9,1	22	22,651	22	—	—
Rheinland-Pfalz	3 559 169	6,3	16	15,660	16	—	—
Baden-Württemberg	8 364 939	14,8	36	36,805	37	1	—
Bayern	10 176 675	18,1	44	44,777	45	1	—
Saarland	1 079 703	1,9	5	4,751	5	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin ..	56 364 376*)	100	248	—	248	3	3

*) Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis: 227 276.

***) Deutsche Bevölkerung dividiert durch 227 276.

Übersicht 2

Die gegenwärtigen Wahlkreise in den Ländern nach der Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 1. Januar 1973 vom Bundesdurchschnitt

Land	Gesamtzahl der Wahlkreise	Davon Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in %											
		nach oben				nach unten				nach oben und unten			
		unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 33 ¹ / ₃	33 ¹ / ₃ und mehr	unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 33 ¹ / ₃	33 ¹ / ₃ und mehr	unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 33 ¹ / ₃	33 ¹ / ₃ und mehr
Schleswig-Holstein	11	4	1	—	1	4	—	1	—	8	1	1	1
Hamburg	8	3	—	—	—	4	—	1	—	7	—	1	—
Niedersachsen	30	8	4	2	—	16	—	—	—	24	4	2	—
Bremen	3	2	—	—	—	1	—	—	—	3	—	—	—
Nordrhein-Westfalen	73	16	7	4	1	33	4	8	—	49	11	12	1
Hessen	22	8	1	1	2	9	—	1	—	17	1	2	2
Rheinland-Pfalz	16	4	2	—	—	8	2	—	—	12	4	—	—
Baden-Württemberg	36	15	5	1	—	11	3	1	—	26	8	2	—
Bayern	44	21	2	—	1	18	1	1	—	39	3	1	1
Saarland	5	1	—	—	—	4	—	—	—	5	—	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin	248	82	22	8	5	108	10	13	—	190	32	21	5

deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt um 20 % und mehr nach oben oder unten Übersicht 3. Danach gibt es nach dem Stand der deutschen Bevölkerung am 1. Januar 1973 117 Wahlkreise, deren Bevölkerungszahl über dem Bundesdurchschnitt liegt. In 5 Wahlkreisen weicht die Bevölkerungszahl um 33¹/₃ % und mehr nach oben vom Bundesdurchschnitt ab:

	°/o
143 Groß-Gerau	+ 38,0
57 Bergheim	+ 37,6
209 München-Land	+ 37,4
10 Stormarn-Herzogtum Lauenburg	+ 34,7
135 Obertaunuskreis (Hochtaunuskreis) .	+ 34,4.

Unter dem Bundesdurchschnitt bleibt die Zahl der deutschen Bevölkerung zwar in 131 Wahlkreisen,

doch beträgt die Abweichung in keinem Fall 33¹/₃ % und mehr.

In 21 Wahlkreisen liegt die Abweichung vom Bundesdurchschnitt nach oben oder unten zwischen 25 und 33¹/₃ %; in weiteren 32 beträgt sie 20 bis 25 % (Übersicht 2).

Bei den Wahlkreisen, in denen die Zahl der deutschen Bevölkerung weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, handelt es sich überwiegend um großstädtische Wahlkreise. Das hängt damit zusammen, daß aus den meisten Großstädten in den letzten Jahren in erheblichem Umfang Einwohner in das Umland verzogen sind und die Auswanderung aus den ländlichen Gebieten in die Ballungsräume vorzugsweise nicht mehr in die Ballungskerne, sondern in die Ballungsrandzonen ging. Dementsprechend gibt es unter den Wahlkreisen, deren Bevölkerungszahl jetzt den Bundesdurchschnitt stark übersteigt, besonders viele, die an den Rändern der großen Agglomerationsräume liegen.

**Die gegenwärtigen Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung
am 1. Januar 1973 vom Bundesdurchschnitt um mehr als 20 %**

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Land	Abweichung vom Bundes- durchschnitt in %
	Nr.	Name		
<i>Abweichung nach oben</i>				
1	143	Groß-Gerau	Hessen	+38,0
2	57	Bergheim	Nordrhein-Westfalen	+37,6
3	209	München-Land	Bayern	+37,4
4	10	Stormarn — Herzogtum Lauenburg	Schleswig-Holstein	+34,7
5	135	Obertaunuskreis (Hochtaunuskreis)	Hessen	+34,4
6	103	Bielefeld-Land	Nordrhein-Westfalen	+31,8
7	146	Dieburg	Hessen	+30,7
8	105	Detmold-Lippe	Nordrhein-Westfalen	+30,6
9	109	Lüdinghausen	Nordrhein-Westfalen	+29,5
10	38	Hannover III	Niedersachsen	+29,3
11	194	Reutlingen	Baden-Württemberg	+28,7
12	108	Minden	Nordrhein-Westfalen	+26,2
13	46	Helmstedt — Wolfsburg	Niedersachsen	+25,8
14	170	Nürtingen — Böblingen	Baden-Württemberg	+24,8
15	199	Ravensburg	Baden-Württemberg	+24,7
16	35	Schaumburg	Niedersachsen	+24,6
17	96	Steinfurt — Coesfeld	Nordrhein-Westfalen	+24,4
18	21	Wilhelmshaven	Niedersachsen	+23,3
19	39	Celle	Niedersachsen	+23,3
20	77	Neuß — Grevenbroich I	Nordrhein-Westfalen	+23,3
21	139	Hanau	Hessen	+22,7
22	8	Segeberg — Eutin	Schleswig-Holstein	+22,6
23	155	Montabaur	Rheinland-Pfalz	+22,3
24	201	Fürstenfeldbruck	Bayern	+22,1
25	33	Osnabrück	Niedersachsen	+21,7
26	65	Oberbergischer Kreis — Rhein-Sieg-Kreis II	Nordrhein-Westfalen	+21,6
27	156	Mainz	Rheinland-Pfalz	+21,6
28	125	Siegen — Wittgenstein	Nordrhein-Westfalen	+21,5
29	167	Ludwigsburg	Baden-Württemberg	+21,4
30	82	Moers	Nordrhein-Westfalen	+21,3
31	168	Heilbronn	Baden-Württemberg	+21,2
32	197	Balingen	Baden-Württemberg	+21,2
33	66	Rheinisch-Bergischer Kreis	Nordrhein-Westfalen	+20,8
34	205	München-Nord	Bayern	+20,6
35	54	Aachen-Land	Nordrhein-Westfalen	+20,1

noch Übersicht 3

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Land	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %
	Nr.	Name		
<i>Abweichung nach unten</i>				
1	104	Bielefeld-Stadt	Nordrhein-Westfalen	— 32,6
2	12	Hamburg-Mitte	Hamburg	— 32,5
3	71	Solingen	Nordrhein-Westfalen	— 30,3
4	98	Gelsenkirchen II	Nordrhein-Westfalen	— 29,9
5	204	München-Mitte	Bayern	— 29,2
6	97	Gelsenkirchen I	Nordrhein-Westfalen	— 28,6
7	60	Köln II	Nordrhein-Westfalen	— 27,8
8	1	Flensburg	Schleswig-Holstein	— 27,5
9	81	Kempen-Krefeld	Nordrhein-Westfalen	— 26,8
10	59	Köln I	Nordrhein-Westfalen	— 26,1
11	110	Wanne-Eickel — Wattenscheid	Nordrhein-Westfalen	— 26,1
12	142	Frankfurt III	Hessen	— 25,7
13	165	Stuttgart II	Baden-Württemberg	— 25,4
14	158	Frankenthal	Rheinland-Pfalz	— 24,5
15	151	Cochem	Rheinland-Pfalz	— 23,9
16	173	Ulm	Baden-Württemberg	— 23,6
17	74	Düsseldorf I	Nordrhein-Westfalen	— 23,5
18	191	Emmendingen — Wolfach	Baden-Württemberg	— 22,8
19	111	Herne — Castrop-Rauxel	Nordrhein-Westfalen	— 22,3
20	166	Stuttgart III	Baden-Württemberg	— 21,9
21	217	Pfarrkirchen	Bayern	— 21,7
22	101	Bottrop — Gladbeck	Nordrhein-Westfalen	— 21,4
23	120	Lippstadt — Brilon	Nordrhein-Westfalen	— 20,2

2. Auswirkungen der kommunalen Grenzänderungen

Vor allem nach 1969 sind im Zuge der Verwaltungsreform zahlreiche kommunale Grenzen durch Gemeindezusammenschlüsse und Vergrößerung der Stadt- und Landkreise geändert worden. Die Zahl der Gemeinden hat sich daher vom 31. Dezember 1969 bis 30. Juni 1973 um 8 032 und die Zahl der Kreise um 153 vermindert. Der Gesetzgeber hat dem bisher im wesentlichen nur durch Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die bis zum 1. Juli 1972 wirksam gewordenen Änderungen der Gemeindegrenzen Rechnung getragen. In Niedersachsen ist selbst das nicht geschehen. Inzwischen ist jedoch die kommunale Verwaltungsreform weitergegangen. Infolgedessen gibt es nunmehr erneut eine Reihe von Wahlkreisen, deren Grenzen Gemeinden durchschneiden. Auch die Zahl der Landkreisdurchschneidungen hat sich vermehrt, und zwar vor allem da, wo Gemeindezusammenschlüsse an den Landkreisgrenzen stattfanden.

Nach den Unterlagen, die der Kommission zur Verfügung standen, durchschneiden die Grenzen von 67 Wahlkreisen Gemeindegrenzen¹⁾, und zwar in

Niedersachsen

22 Wahlkreise die Grenzen von 41 Gemeinden,

Nordrhein-Westfalen

5 Wahlkreise die Grenzen von 7 Gemeinden,

Hessen

14 Wahlkreise die Grenzen von 22 Gemeinden,

Rheinland-Pfalz

2 Wahlkreise die Grenzen von 1 Gemeinde,

(außerdem

4 Wahlkreise die Grenzen von 2 Verbandsgemeinden),

Baden-Württemberg

22 Wahlkreise die Grenzen von 19 Gemeinden,

Bayern

2 Wahlkreise die Grenzen von 1 Gemeinde.

¹⁾ Ohne Gemeinden, die aufgrund ihrer Bevölkerungszahl mehrere Wahlkreise bilden müssen (z. B. München, Essen, Hannover).

Bei 150 Wahlkreisen werden die Grenzen von 153 Landkreisen durch Wahlkreisgrenzen geschnitten.

Von diesen Wahlkreisen liegen

betroffene Kreise

6 in Schleswig-Holstein	3
26 in Niedersachsen	30
22 in Nordrhein-Westfalen	13
16 in Hessen	16
9 in Rheinland-Pfalz	6
30 in Baden-Württemberg	31
36 in Bayern	51
5 im Saarland	3

Da der Gesetzgeber durch das Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Juli 1972 im wesentlichen lediglich eine Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die neuen Gemeindegrenzen vornehmen wollte und damit die Änderungen der Landkreisgrenzen vielfach unberücksichtigt gelassen hat, da ferner inzwischen neue Änderungen von Gemeinde- und Kreisgrenzen vorgenommen worden sind, ist die Wahlkreiseinteilung nunmehr sehr unübersichtlich. Ohne Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die geänderten kommunalen Grenzen wäre aber die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der nächsten Bundestagswahl in großen Teilen des Wahlgebietes gefährdet oder zumindest sehr erschwert.

Wegen der kommunalen Grenzänderungen und der damit häufig verbundenen Namensänderungen von Kreisen und Gemeinden sind auch die *Wahlkreisbeschreibungen und die Bezeichnungen der Wahlkreise in vielen Fällen nicht mehr aktuell.*

Nach dem gesetzlichen Auftrag in § 3 Abs. 2 BWG muß die Wahlkreiskommission ihren Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung innerhalb eines Jahres nach Zusammentritt des Bundestages erstatten. Daraus ergibt sich als Termin für die Übergabe des Berichts an die Bundesregierung der 13. Dezember 1973. Aus diesem Termin folgt, daß von der Wahlkreiskommission nur die kommunale Neugliederung in den Ländern berücksichtigt werden konnte, die bis Mitte November 1973 verabschiedet worden war. Weitere umfangreiche kommunale Grenzänderungen sind jedoch noch zu erwarten. Teilweise stehen sie dicht bevor, teilweise werden sie erst in einigen Jahren wirksam werden. Das macht es nach Auffassung der Kommission erforderlich, die Auswirkungen auf die Wahlkreiseinteilung weiterhin laufend zu beobachten. Sie geht davon aus, daß ihr jetziger Bericht nur z. T. die Grundlage für evtl. gesetzgeberische Maßnahmen bilden kann, weil bis Mitte 1975, dem wohl spätesten Termin hierfür, zahlreiche neue kommunale Grenzänderungen verabschiedet sein werden, die sich jetzt noch nicht im Detail übersehen lassen. Für Nordrhein-Westfalen haben diese Erwägungen sogar dazu geführt, daß die Kommission von konkreten Vorschlägen zur Wahlkreiseinteilung absehen mußte (s. S. 13 f.).

C. Vorschläge der Kommission zur Änderung der Wahlkreiseinteilung

1. Grundsätze

Bei den Vorschlägen zur Änderung der bestehenden Wahlkreiseinteilung ließ sich die Kommission von folgenden Gesichtspunkten leiten:

- a) Eines der wesentlichen Ziele der Kommission war, eine *Wahlkreiseinteilung* zu empfehlen, die für mehrere Wahlperioden Bestand hat. Diese Absicht ließ sich aber wegen der noch in Gang befindlichen kommunalen Gebietsreform z. Z. nicht vollständig realisieren. Dauerlösungen sollten aber wenigstens in den Teilen des Wahlgebietes angestrebt werden, in denen die kommunale Gebietsreform im wesentlichen als abgeschlossen betrachtet werden kann.
- b) Eine Wahlkreiseinteilung, welche die Landesgrenzen einhält, kann praktisch nur vorgenommen werden, wenn zuvor die Gesamtzahl der Wahlkreise für jedes Land bestimmt wurde. Der Gleichheitsgrundsatz läßt es geboten erscheinen, an dem schon in den Berichten früherer Wahlkreiskommissionen vertretenen Standpunkt festzuhalten, jedem Bundesland so viele Wahlkreise

zuzuteilen, wie seinem Bevölkerungsanteil entsprechen. Eine *Verteilung der Wahlkreise auf die Länder* entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil trägt dazu bei, daß die durchschnittliche Einwohnerzahl (deutsche Bevölkerung) der Wahlkreise in jedem Land ungefähr so groß wird wie die durchschnittliche Bevölkerungszahl aller Wahlkreise.

Ferner ist, wie vom Bundesverfassungsgericht (in seinen Beschlüssen vom 22. Mai 1963 — BVerfGE 16, 130 ff. und 16, 145) betont wird, durch eine den Bevölkerungszahlen der Länder proportionale Verteilung der Wahlkreise der „Anfall von Überhangmandaten auf das verfassungsrechtliche Mindestmaß zu beschränken“. Bei ihren Überlegungen hat die Kommission den Hinweis des Bundesverfassungsgerichts an den Bundesgesetzgeber (BVerfGE 16, 145 [146]) beachtet, daß dieser gehalten ist, „noch während der laufenden Legislaturperiode für eine Änderung der Wahlkreiseinteilung Sorge zu tragen, die die Abweichungen der Wahlkreise vom Bundesdurchschnitt auf das verfassungsrechtlich zulässige Maß zurückführt und die Verteilung der

Wahlkreise auf die einzelnen Länder wieder deren Anteil an der Gesamtbevölkerung anpaßt“.

Der Gesichtspunkt der Proportionalität war dieses Mal besonders schwer zu verwirklichen, weil das Bundeswahlgesetz die Zahl der Wahlkreise auf 248 festlegt und mehr Länder einen „rechnerischen Anspruch“ auf weitere Wahlkreise hatten, als aus der Reduzierung der Zahl der Wahlkreise in Hamburg um einen und in Nordrhein-Westfalen um zwei zur Umverteilung zur Verfügung standen. Daher konnte Hessen mit einem „rechnerischen Anspruch“ auf 22,65 Wahlkreise (aufgerundet 23 Wahlkreise) kein weiterer Wahlkreis zugeteilt werden. Im Vergleich zu Hessen war zu berücksichtigen, daß der „rechnerische Anspruch“ von Baden-Württemberg (36,81), Bayern (44,78) und Niedersachsen (30,74) auf je einen weiteren Wahlkreis etwas höher ist.

Die für die Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen vorgeschlagene Abgabe von Wahlkreisen entspricht den vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätzen. Denn „im Rahmen des technisch Möglichen“ sind „Wahlkreise mit annähernd gleich großen Bevölkerungszahlen“ zu bilden, „so daß grundsätzlich kein Bundesland infolge der unterdurchschnittlichen Größe seiner Wahlkreise mehr Wahlkreise umfaßt, als seinem Anteil an der Bevölkerung des Bundesgebietes entsprechen“ (BVerfGE 16, S. 130, Leits. 3). Wenn in der genannten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im dort entschiedenen Fall trotzdem von der Verfassungsgemäßheit einer Wahlkreiseinteilung ausgegangen wurde, die nicht der rechnerischen Zuteilung entsprach, so nur, weil die Entwicklung der Bevölkerungsverteilung „von fließenden Übergängen gekennzeichnet und ihr ‚Trend‘ in den Einzelheiten nicht mit genügender Sicherheit voraussehen war“ (BVerfGE, a. a. O., S. 142). Gegenwärtig steht fest, daß die Entwicklung der deutschen Bevölkerung in Hamburg und Nordrhein-Westfalen relativ stark hinter der Entwicklung der deutschen Bevölkerung im gesamten Wahlgebiet zurückgeblieben ist. Eine Umkehr des Trends ist nach Auffassung der Kommission nicht zu erkennen. Aufgrund dieser tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung ist die bestehende Wahlkreiseinteilung änderungsbedürftig geworden, „weil offenkundig ist, daß sie mit der gegenwärtigen Bevölkerungsverteilung nicht mehr in Einklang steht und nicht mehr erwartet werden kann, daß die heutige Diskrepanz sich wieder ausgleicht“ (BVerfGE, a. a. O., S. 141/142; siehe auch S. 131, Leits. 4).

Die Kommission hat auch die vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und von der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vorgebrachten Gesichtspunkte erwogen, daß aus Gründen der Kontinuität und dem rechtlichen Gedanken der Besitzstandswahrung die Abgabe von Wahlkreisen nur dann gerechtfertigt erscheine, wenn sich eine unverhältnismäßig grobe Abweichung von der durch die Einwohnerverteilung gegebenen Proportionalität zeige und des-

halb der Anspruch anderer Länder auf Zuteilung weiterer Wahlkreise offensichtlich unabweisbar sei. Die „Besitzstandswahrung“ als Ausdruck des Vertrauensgrundsatzes, der im Prinzip der Rechtssicherheit Verfassungsrang besitzt (BVerfGE 7, 194 [195]), wird jedoch nach den Regeln der Verfassungsauslegung dann Nachrang haben müssen, wenn der an der Chancengleichheit orientierte Grundsatz der Verfassungsmäßigkeit der Wahl deutlich in Frage gestellt ist, wie hier nach der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung. Hinsichtlich der Zulässigkeit sog. „Überhangmandate“ ist das vom Bundesverfassungsgericht auch deutlich aufgezeigt worden (vgl. BVerfGE 16, S. 130 ff.). Überdies erscheint es fraglich, inwieweit einem „Besitzstand“, der in den Bereich politischer Macht (zumindest mittelbar) hineinwirkt, der Grundsatz der Rechtssicherheit zugute kommen kann.

- c) Es erschien aus politischen und administrativen Gründen zweckmäßig, Wahlkreise vorzuschlagen, in denen die Bevölkerungszahl in der Regel nicht mehr als 20 % nach oben oder unten vom *Bundesdurchschnitt* abweicht. Dadurch wird die Chancengleichheit der Parteien und Wahlbewerber verbessert; außerdem kann auf diese Weise die Wahlkreiseinteilung länger beibehalten werden. Kleinere Toleranzgrenzen vorzusehen, hielt die Kommission nicht für angebracht. Sie hätten es erschwert, Wahlkreise zu bilden, die in ihrer Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur weitgehend homogen sind. Aus dem gleichen Grunde hat sie etwas größere Abweichungen von der genannten Toleranzgrenze zugelassen, wenn dadurch eine Durchschneidung zusammengewachsener Gebiete vermieden werden konnte. Auch die Wahrung der Grenzen der Stadt- und Landkreise, auf die noch eingegangen werden wird, ließ es zweckmäßig erscheinen, gelegentlich größere Abweichungen vom Durchschnitt als $\pm 20\%$ in Kauf zu nehmen. Beachtet wurde dabei auch der Gesichtspunkt, in dünn besiedelten ländlichen Gebieten mit weiten Entfernungen im Interesse der Wahlkreisbewerber die Wahlkreise nicht zu groß werden zu lassen.
- d) Nach den zwingenden Vorschriften in § 3 Abs. 3 BWG müssen die *Wahlkreise ein räumlich zusammenhängendes Ganzes* bilden. Dieser Grundsatz läßt sich allerdings da nicht durchsetzen, wo schon Landesteile räumlich voneinander getrennt liegen, wie im Falle des Landes Bremen oder im Falle des Landes Baden-Württemberg mit einer Gemeinde im Schweizer Gebiet. Die Wahlkreis-kommission hielt es ferner aus wahlorganisatorischen Gründen für zweckmäßig, Ausnahmen vom Grundsatz der räumlichen Einheit der Wahlkreise zuzulassen, wenn es sich bei Gebiets-exklaven um Gemeindeteile handelt.
- e) Nach § 3 Abs. 3 Satz 2 BWG sind bei der Einteilung der Wahlkreise die Grenzen der *Stadt- und Landkreise* nach Möglichkeit einzuhalten. Durch die fortschreitende Verwaltungsreform weichen nunmehr in vielen Fällen Wahlkreisgrenzen von Stadt- und Landkreisgrenzen ab. Die Kommission hat sich intensiv um eine An-

gleichung der Wahlkreisgrenzen an die Grenzen der neuen Stadt- und Landkreise bemüht. Sie konnte bei ihren jetzigen Vorschlägen nur die bis Mitte November 1973 vom Gesetzgeber verabschiedeten kommunalen Grenzänderungen berücksichtigen. Zum Teil handelt es sich dabei um Gesetze, die erst Anfang 1974 wirksam werden. In diesen Fällen hielt es die Kommission für zweckmäßig, der Beschreibung der Wahlkreise bereits den Zustand im Zeitpunkt des Wirksamwerdens zugrunde zu legen.

Auch bei bereits feststehenden Änderungen der Verwaltungsgrenzen sind einer vollen Angleichung der Wahlkreise z. T. Schranken gesetzt. Sie ergeben sich aus der Toleranzgrenze für die Bevölkerungszahlen und der z. T. erheblichen Vergrößerung der Verwaltungskreise im Zuge der gebietlichen Neuordnung. Dort wo die Kreisgrenzen nicht eingehalten werden konnten, wurde jedoch in jedem Falle auf die Einhaltung der Gemeindegrenzen und — wo vorhanden — der Grenzen von Ämtern, Samt- oder Verbandsgemeinden geachtet.

- f) Es wurde angestrebt, nicht unnötig von den *alten Wahlkreisgrenzen* abzuweichen. Wegen der in vielen Fällen eingetretenen Bevölkerungsver-schiebungen war das jedoch nicht immer möglich. Bei notwendigen Änderungen wurde — im Hinblick auf dauerhafte Lösungen — einer Anpassung an die neuen Verwaltungseinheiten der Vorrang gegeben. Es wurde dann aber versucht, frühere Wahlkreise wenigstens in ihrem Kern zu erhalten.
- g) Es war zu überlegen, die Wahlkreise so zu schneiden, daß sie sich mit den *Landtagswahlkreisen* decken. Da für die Abgrenzung der Landtagswahlkreise von Land zu Land unterschiedliche Gesichtspunkte (Unterschiede im Wahlsystem, verschiedene Zahlen von Landtagswahl-

kreisen und Abgeordneten) maßgebend sind und ein Neuzuschnitt der Landtagswahlkreise vielfach erst nach Abschluß der kommunalen Gebietsreform zu erwarten ist, konnte dieser Gedanke nur in wenigen Ländern Berücksichtigung finden.

- h) Die *Bezeichnung der Wahlkreise* ist nicht einheitlich. Das zeigen insbesondere die Fälle, in denen im Namen des Wahlkreises mehrere Kreisbezeichnungen auftreten. Die Kommission vertritt in der Frage der Bezeichnung der Wahlkreise keine starre Auffassung, hat sich aber bemüht, bei den Wahlkreisnamen Überlängen zu vermeiden und zugleich traditionelle Doppelnamen zu belassen. Die vorgeschlagene Namensgebung, die sich weitgehend an Anregungen der Landesregierungen hält, ist an den Namen der größten Verwaltungseinheiten oder an Landschaftsnamen orientiert.

Die Frage der *Numerierung der Wahlkreise* erschien der Kommission von untergeordneter Bedeutung. Soweit wie möglich sind die alten Nummern beibehalten worden.

2. Die Vorschläge im einzelnen

Nummern, Namen, Bevölkerungszahl und Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise enthalten die Anlagen 2 und 3. Darin sind auch solche Wahlkreise aufgeführt, die in ihrem Bestand unverändert geblieben sind oder bei denen nur geringfügige Anpassungen an die neuen kommunalen Grenzen vorgenommen werden mußten.

Die Übersicht 4 enthält einen zahlenmäßigen Nachweis des Umfangs der Änderungen.

Über die Abweichungen der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in den neu vorgeschlagenen Wahlkreisen unterrichten die Übersichten 5 und 6.

Übersicht 4

Umfang der vorgeschlagenen Wahlkreisänderungen

Land	Wahlkreise				zusammen
	unverändert	geringfügig verändert	im Kern erhalten geblieben	größtenteils neu abgegrenzt	
Schleswig-Holstein	4	—	3	4	11
Hamburg	—	—	7	—	7
Niedersachsen	3	15	10	3	31
Bremen	3	—	—	—	3
Nordrhein-Westfalen	71
Hessen	3	3	10	6	22
Rheinland-Pfalz	10	6	—	—	16
Baden-Württemberg	1	1	29	6	37
Bayern	4	1	34	6	45
Saarland	5	—	—	—	5
Bundesgebiet ohne Berlin	248

Übersicht 5

Die vorgeschlagenen Wahlkreise in den Ländern nach der Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 1. Januar 1973 vom Bundesdurchschnitt

Land	Gesamtzahl der Wahlkreise	Davon Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in %											
		nach oben						nach unten					
		unter 5	5	10	15	20	25	unter 5	5	10	15	20	25
			bis unter						bis unter				
	10	15	20	25	33 ¹ / ₃		10	15	20	25	33 ¹ / ₃		
Schleswig-Holstein	11	3	2	1	1	—	—	1	—	2	—	1	—
Hamburg	7	—	—	4	—	—	—	3	—	—	—	—	—
Niedersachsen	31	2	3	—	3	4	—	7	2	7	2	1	—
Bremen	3	—	1	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Nordrhein-Westfalen	71
Hessen	22	5	3	1	—	4	—	3	2	3	1	—	—
Rheinland-Pfalz	16	2	—	—	2	2	—	2	3	2	1	2	—
Baden-Württemberg	37	6	3	3	2	2	1	7	4	3	4	2	—
Bayern	45	7	6	6	2	1	1	6	5	4	3	2	2
Saarland	5	1	—	—	—	—	—	1	2	1	—	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin ..	248

Übersicht 5

unter 5	nach oben und unten				
	5	10	15	20	25
	bis unter			25	33⅓
5	10	15	20	25	33⅓
4	2	3	1	1	—
3	—	4	—	—	—
9	5	7	5	5	—
—	1	2	—	—	—
.
8	5	4	1	4	—
4	3	2	3	4	—
13	7	6	6	4	1
13	11	10	5	3	3
2	2	1	—	—	—
.

Übersicht 6

**Die vorgeschlagenen Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen
Bevölkerung am 1. Januar 1973 vom Bundesdurchschnitt um mehr als 20 %**

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Land	Abweichung vom Bundes- durchschnitt in %
	Nr.	Name		
<i>Abweichung nach oben</i>				
1	243	Unterallgäu	Bayern	+26,5
2	183	Rastatt	Baden-Württemberg	+25,6
3	136	Hochtaunus	Hessen	+24,8
4	133	Limburg	Hessen	+24,6
5	135	Hanau	Hessen	+23,3
6	141	Groß-Gerau	Hessen	+22,8
7	227	Ansbach	Bayern	+21,9
8	154	Mainz	Rheinland-Pfalz	+21,9
9	153	Montabaur	Rheinland-Pfalz	+21,8
10	32	Osnabrück	Niedersachsen	+21,7
11	46	Helmstedt — Wolfsburg	Niedersachsen	+21,6
12	163	Stuttgart-Nord	Baden-Württemberg	+20,7
13	181	Karlsruhe	Baden-Württemberg	+20,5
14	19	Emden — Leer	Niedersachsen	+20,3
15	20	Wilhelmshaven	Niedersachsen	+20,2
<i>Abweichung nach unten</i>				
1	225	Hof	Bayern	-26,2
2	213	Deggendorf	Bayern	-25,3
3	216	Rottal-Inn	Bayern	-24,6
4	156	Frankenthal	Rheinland-Pfalz	-24,3
5	39	Celle	Niedersachsen	-23,9
6	149	Cochem	Rheinland-Pfalz	-23,9
7	190	Villingen — Schwenningen	Baden-Württemberg	-22,0
8	222	Bamberg	Bayern	-21,2
9	189	Waldshut	Baden-Württemberg	-20,5
10	9	Ostholstein	Schleswig-Holstein	-20,3

In der Reihenfolge der Länder wird im einzelnen zu den Vorschlägen folgendes bemerkt:

Schleswig-Holstein:

Es bleibt bei 11 Wahlkreisen.

Die großen Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt, die nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung im Wahlkreis 1 (Flensburg) minus 27,5 % und im Wahlkreis 10 (Stormarn-Herzogtum Lauenburg) plus 34,7 % betragen, und die inzwischen durchgeführte Kreisgebietsreform zwingen jedoch zu einer weitgehenden Neuabgrenzung der Bundestagswahlkreise. Bei der vorgeschlagenen Einteilung decken sich die Grenzen der Wahlkreise bis auf 2 Fälle mit den Grenzen der politi-

schen Kreise. Dabei ist die Zusammenlegung der Kreise Flensburg-Land und Schleswig zum neuen Kreis Schleswig-Flensburg, die am 24. März 1974 (Tag der Kommunalwahl) in Kraft tritt, bereits berücksichtigt.

Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden die Kreise Dithmarschen und Stormarn. Im Falle des Kreises Dithmarschen bleiben durch die Teilung die gegenwärtigen Wahlkreise 3 (Nordfriesland — Dithmarschen-Nord) und 4 (Steinburg — Dithmarschen-Süd) erhalten. Die Teilung des Kreises Stormarn ist zwingend wegen seiner Lage und der hohen Bevölkerungszahl im schleswig-holsteinischen Nachbarraum um Hamburg. Die vorgeschlagenen Wahlkreise 2, 3, 7 und 11 entsprechen den gegenwärtigen Wahlkreisen 3, 4, 9 und 11.

H a m b u r g :

Die Zahl der Wahlkreise vermindert sich von 8 auf 7.

Die vom Senat gegen eine Verminderung der Zahl der Wahlkreise vorgetragenen Einwände,

seit der ersten Bundestagswahl seien alle Wahlkreise fast unverändert geblieben,

Wahlkreise und Stadtbezirke seien weitgehend identisch, so daß sich die regionalen Besonderheiten auch in den politischen Einheiten manifestierten,

bei nur 7 Wahlkreisen sei eine unorganische Aufgliederung des Stadtgebietes unvermeidlich,

bei der Wahlvorbereitung und -durchführung würden verwaltungsmäßige Schwierigkeiten auftreten, für eine Beibehaltung von 8 Wahlkreisen spreche auch der Gesichtspunkt, daß die Zahl der Direktkandidaten und der Listenkandidaten eines Landes gleich sein sollten (Modellrechnungen hätten nämlich ergeben, daß sich auch bei 7 Wahlkreisen wieder 16 Abgeordnete für Hamburg ergeben würden), und

es sei besonders zu prüfen, ob sich aus der Sicht der anderen Länder ein Zwang zur Verminderung der Wahlkreise in Hamburg ergebe, da keines einen Anspruch auf einen ganzen Wahlkreis geltend machen könne,

wurden in die Überlegungen der Kommission einbezogen. Für die Beschränkung auf 7 Wahlkreise war neben der derzeitigen Einwohnerzahl, die zur Abgabe eines Wahlkreises zwingt, auch die Überzeugung maßgebend, daß nach den vorhandenen Daten über die Bevölkerungsentwicklung langfristig nicht damit gerechnet werden kann, daß Hamburg einen Anspruch auf 8 Wahlkreise wiedererhält.

Aufgrund der Verminderung der Zahl der Wahlkreise und weil die Einwohnerzahl im gegenwärtigen Wahlkreis 12 (Hamburg-Mitte) mit minus 32,5% beachtlich vom Bundesdurchschnitt abweicht, ist eine Neuabgrenzung der Bundestagswahlkreise unumgänglich. Während bei der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung die Grenzen der Bezirke Hamburg-Altona, -Mitte, -Nord und -Wandsbek von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden, ist dies bei der vorgeschlagenen Wahlkreiseinteilung nur noch bei den Bezirken Hamburg-Mitte, -Nord und -Wandsbek der Fall. Den gegenwärtigen Wahlkreisen entspricht dabei allerdings keiner der vorgeschlagenen Wahlkreise.

N i e d e r s a c h s e n :

Die Zahl der Wahlkreise erhöht sich von 30 auf 31. Die Abweichungen der Bevölkerungszahlen vom Bundesdurchschnitt betragen nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung zwischen minus 18,6% und plus 29,3%. Über der Toleranzgrenze von $\pm 20\%$ liegen die Wahlkreise 38 (+29,3), 46 (+25,8), 35 (+24,6), 21 (+23,3), 39 (+23,3) und 33 (+21,7).

Weil die Gemeindereform in Niedersachsen noch nicht abgeschlossen ist (6 Reformgesetze, die am 1. März 1974 in Kraft treten sollen, sind vom Land-

tag noch nicht verabschiedet) und die Kreisreform sich noch im Anfangsstadium befindet, scheint eine vollkommene Neueinteilung des Landes in Bundestagswahlkreise zum derzeitigen Zeitpunkt nicht vertretbar. Neben der Einfügung eines weiteren Wahlkreises und den dadurch sich ergebenden Änderungen werden deshalb nur Anpassungen der Wahlkreisgrenzen an die Grenzen der neu gebildeten Gemeinden bzw. Samtgemeinden vorgeschlagen.

Für die Einfügung des zusätzlichen Wahlkreises hat sich das Gebiet von Schaumburg-Lippe über Hannover bis Helmstedt angeboten, weil dort die Bevölkerungszahlen der gegenwärtigen Wahlkreise starke Abweichungen vom Bundesdurchschnitt nach oben verzeichnen und die derzeit vorhandene Exklave des Wahlkreises 38 (Teil des Landkreises Hannover nördlich der Landeshauptstadt Hannover) beseitigt werden konnte. Die Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die Grenzen der neu gebildeten Gemeinden bzw. Samtgemeinden erfolgte in der Regel derart, daß die neu gebildeten oder in ihrem Gebietsstand veränderten Gemeinden bzw. Samtgemeinden demjenigen Wahlkreis zugeordnet wurden, dem die Mehrheit ihrer Einwohner vor der Gebietsänderung angehörte. Bei diesen Anpassungen wurden alle bisher verabschiedeten Gesetze, auch wenn sie erst am 1. März 1974 in Kraft treten, einbezogen.

Die gemeindliche Gebietsreform in Niedersachsen wird nach Mitteilung der Landesregierung am 1. März 1974 abgeschlossen sein. Soweit ihre Ergebnisse noch nicht berücksichtigt sind, läßt sich eine Anpassung der Wahlkreisgrenzen noch in dieser Wahlperiode durchführen. Dafür sollte ebenfalls der Grundsatz gelten, daß die neu gebildeten oder in ihrem Gebietsstand veränderten Gemeinden bzw. Samtgemeinden demjenigen Wahlkreis zugeordnet werden, dem die Mehrheit ihrer Einwohner vor der Gebietsänderung angehörte.

B r e m e n :

Es bleibt bei 3 Wahlkreisen.

Die Abweichungen der Bevölkerungszahlen vom Bundesdurchschnitt betragen nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung zwischen minus 10,4% und plus 13,1%. Die Wahlkreiskommission hält daher eine Änderung der Wahlkreise im Lande Bremen nicht für erforderlich.

N o r d r h e i n - W e s t f a l e n :

Die Zahl der Wahlkreise vermindert sich von 73 auf 71.

Die von der Landesregierung vorgetragenen Argumente gegen eine Verminderung der Zahl der Wahlkreise betonen besonders den Gesichtspunkt der Kontinuität. Eine Abgabe von Wahlkreisen erscheint nur dann gerechtfertigt, wenn verhältnismäßig grobe Abweichungen von der durch die Bevölkerungsverteilung gegebenen Proportionalität vorlägen und der „Anspruch“ anderer Länder auf Zuteilung von Wahlkreisen offensichtlich unabweisbar sei. Demgegenüber ist die Kommission bei ihrem Vorschlag zur Minderung der Zahl der Wahlkreise unter Bezug auf das bereits erwähnte Urteil des Bundesverfas-

sungsgerichts dem Grundsatz gefolgt, daß bei der Verteilung der Wahlkreise auf die Länder strenge Proportionalität zur Bevölkerungszahl eingehalten werden müsse (vgl. S. 7 f.).

Im Wahlkreis 57 (Bergheim) beträgt die Abweichung der Bevölkerungszahl im Wahlkreis 57 (Bergheim), 37,6 %, so daß eine Änderung unumgänglich ist. Weitere Grenzänderungen sind in der Folge kommunaler Neuordnung im Raum Bielefeld erforderlich und zum Ausgleich unterschiedlicher Bevölkerungszahlen in den Kreisen Grevenbroich und Lippe zweckmäßig.

Von konkreten Vorschlägen für die gebotene Einsparung von zwei Wahlkreisen, für einen Ausgleich der Bevölkerungszahl im Wahlkreis 57 (Bergheim), sowie für eine Neuabgrenzung in den Räumen Bielefeld, Grevenbroich und Lippe sieht die Kommission ab. Sie hat sich aufgrund von Nachweisen der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen davon überzeugt, daß solche Vorschläge bis zum Ablauf der der Kommission für ihren Bericht durch § 3 Abs. 2 BWG gesetzten Frist kaum real und daher wenig sinnvoll sein würden.

Die kommunale Neuordnung in Nordrhein-Westfalen ist, nachdem bislang lediglich einzelne Teilgebiete und die Räume Aachen und Bielefeld neugegliedert worden sind, in vollem Gange und wird nach derzeit möglicher Voraussicht bis Ende 1974 abgeschlossen sein. Die Neueinteilung der Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen für die nächste Bundestagswahl wird, sowohl in der Frage der Einsparung von zwei Wahlkreisen als auch in der Abgrenzung im einzelnen, notwendig an diese kommunale Neuordnung anknüpfen müssen. Die Wahlkreiskommission kann dies innerhalb ihrer Berichtsfrist nicht realisieren und auch nicht prognostisch berücksichtigen.

In dieser Ausnahmesituation sieht die Kommission von Einteilungsvorschlägen für das Land ab, die — auf der derzeit noch gültigen Gebietsgliederung basierend — insgesamt einer erneuten Überprüfung nach Abschluß der kommunalen Neuordnung in Nordrhein-Westfalen noch vor der nächsten Bundestagswahl unterzogen werden müßten. Dabei hat die Kommission die Mitteilung der Landesregierung in ihre Erwägung einbezogen, sie werde von sich aus nach Abschluß der kommunalen Neuordnung Vorschläge für eine Neuabgrenzung der Bundestagswahlkreise ausarbeiten und dem Bundesgesetzgeber zur Verfügung stellen.

Hessen:

Es bleibt bei 22 Wahlkreisen.

Die großen Abweichungen der Bevölkerungszahlen vom Bundesdurchschnitt, die nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung in den Wahlkreisen 143 (Groß-Gerau) plus 38,0 %, 135 (Obertaunuskreis [Hochtaunuskreis]) plus 34,4 % und 146 (Dieburg) plus 30,7 % betragen, sowie die inzwischen teilweise durchgeführte Verwaltungsreform zwingen jedoch zu einer weitgehenden Neuabgrenzung der Bundestagswahlkreise.

Bei der vorgeschlagenen Einteilung decken sich die Grenzen der Wahlkreise bis auf 2 Fälle mit den Grenzen der Verwaltungskreise.

Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden der Schwalm-Eder-Kreis und der Main-Taunus-Kreis. Die Teilung des Schwalm-Eder-Kreises wurde erforderlich, weil die Zahl der deutschen Bevölkerung für die Bildung eines Wahlkreises allein aus dem Landkreis Waldeck-Frankenberg nicht ausreicht. Die auch schon bei der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung bestehende Teilung des Main-Taunus-Kreises konnte wegen der hohen Bevölkerungszahlen der Kreise im Rhein-Main-Gebiet nicht beseitigt werden. Aus dem gleichen Grunde war es auch nicht möglich, in diesem Gebiet Wahlkreise zu bilden, die unter der Toleranzgrenze von $\pm 20\%$ bleiben. Die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt bei den vorgeschlagenen Wahlkreisen 136 (Hochtaunus) plus 24,8 %, 133 (Limburg) plus 24,6 %, 135 (Hanau) plus 23,3 % und 141 (Groß-Gerau) plus 22,8 % glaubt die Kommission jedoch hinnehmen zu können, weil dadurch die Teilung weiterer Landkreise vermieden wird. Die vorgeschlagenen Wahlkreise 129, 130, 140 und 144 entsprechen unverändert den gegenwärtigen Wahlkreisen 131, 132, 138 und 145 und die vorgeschlagenen Wahlkreise 135 und 145 mit geringfügigen Änderungen den derzeitigen Wahlkreisen 139 und 147.

Rheinland-Pfalz:

Es bleibt bei 16 Wahlkreisen.

Die Abweichungen der Bevölkerungszahlen vom Bundesdurchschnitt liegen bei den gegenwärtigen Wahlkreisen zwischen minus 24,5 % und plus 22,3 %. Von Wahlkreisgrenzen durchschnittlich werden 6 der insgesamt 25 Landkreise.

Da die Entwicklung der Bevölkerungszahlen eine Neueinteilung der Wahlkreise nicht erforderlich machte, sah die Wahlkreiskommission davon ab, eine Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die neuen Kreisgrenzen vorzuschlagen. Sie hält eine solche Anpassung nicht für vordringlich, zumal die Landesregierung erklärt hat, daß die Gebietsreform noch nicht endgültig abgeschlossen ist und sich die Parteiorganisationen auf die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung eingerichtet haben.

Die Kommission schlägt lediglich für die Wahlkreise 148, 153 bis 156 und 159 geringfügige Änderungen vor, die verhindern, daß Gemeinden bzw. Verbandsgemeinden durch Wahlkreisgrenzen geschnitten werden.

Baden-Württemberg:

Die Zahl der Wahlkreise erhöht sich von 36 auf 37.

Die Unterbringung des zusätzlichen Wahlkreises, die Beseitigung der großen Abweichungen der Bevölkerungszahlen vom Bundesdurchschnitt, die nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung zwischen minus 25,4 % und plus 28,7 % betragen, und die am 1. Januar 1973 in Kraft getretene Verwaltungsreform zwingen zu einer weitgehenden Neuabgrenzung der Bundestagswahlkreise.

Bei der vorgeschlagenen Einteilung decken sich die Grenzen der Wahlkreise bis auf 15 Fälle mit den Grenzen der derzeitigen politischen Kreise. Die Durchschneidung von 11 Landkreisen ist im wesentlichen durch deren unterschiedliche Einwohnerzahlen bestimmt. Z. B. sind die Landkreise Karlsruhe, Ludwigsburg und Rems-Murr für einen Bundestagswahlkreis zu groß, für zwei aber zu klein. Das gleiche Problem ergibt sich für den Raum Heilbronn. Der vorgeschlagene Wahlkreis 167 entspricht unverändert dem gegenwärtigen Wahlkreis 172 und der vorgeschlagene Wahlkreis 166 mit geringfügigen Änderungen dem derzeitigen Wahlkreis 174.

Bayern:

Die Zahl der Wahlkreise erhöht sich von 44 auf 45.

Die Abweichungen der Bevölkerungszahlen vom Bundesdurchschnitt betragen nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung zwischen minus 29,2 % und plus 37,4 %. Über der Toleranzgrenze von ± 20 % liegen die Wahlkreise: 209 (München-Land) plus 37,4 %, 201 (Fürstenfeldbruck) plus 22,1 %, 205 (München-Nord) plus 20,6 %, 204 (München-Mitte) minus 29,2 %, 217 (Pfarrkirchen) minus 21,7 %. Wegen der großen Abweichung im Wahlkreis 209 (München-Land) sowie durch die Erhöhung der Zahl der Wahlkreise und die inzwischen in Kraft getretene Gebietsreform ist eine Neueinteilung und Neubeschreibung der Bundestagswahlkreise erforderlich geworden.

Für die Einfügung des zusätzlichen Wahlkreises hat sich auf Grund des Bevölkerungsanteils der Regierungsbezirke der Raum Niederbayern angeboten. Die von der Kommission vorgeschlagenen Wahlkreise decken sich, von einer Ausnahme abgesehen, mit den Kreisgrenzen. Lediglich aus dem Landkreis Bayreuth sind 8 Gemeinden mit rd. 10 000 Einwohnern dem neuen Wahlkreis 226 (Kulmbach) zugeordnet worden, um hier den gegenwärtigen Bundestagswahlkreis 225 (Kulmbach) im Kern zu erhalten. Die Grenzen der Stimmkreise für die Landtagswahlen sind bei der Einteilung weitgehend berücksichtigt

worden (abgesehen von den Großstädten München und Nürnberg ergeben sich bei 104 Stimmkreisen nur 7 Überschneidungen). Die vorgeschlagenen Wahlkreise 208, 230, 231 und 238 entsprechen unverändert den bisherigen Wahlkreisen.

Die bayerische Staatsregierung hat den Vorschlägen der Kommission grundsätzlich zugestimmt. Lediglich hinsichtlich des Wahlkreises Bayreuth schlug sie eine Änderung vor, durch die im Regierungsbezirk Oberfranken eine völlige Übereinstimmung der Bundestagswahlkreise mit den bayerischen Stimmkreisen erreicht würde. Daraus würde sich aber auch eine weitere wesentliche Veränderung der Wahlkreise 223 (Bayreuth), 225 (Hof) und 226 (Kulmbach) ergeben, die im Kern mit den gegenwärtigen Wahlkreisen übereinstimmen. Die bayerische Staatsregierung machte insbesondere geltend, daß, wenn schon ein grundlegender Neuzuschnitt der Wahlkreise in Bayern erfolge, sich in Oberfranken die völlige Übereinstimmung mit den Stimmkreisen anbiete.

Die Kommission hat diesen Vorschlag eingehend geprüft. In beiden Vorschlägen werden alle gesetzlichen Erfordernisse und die zusätzlich von der Kommission aufgestellten Grundsätze berücksichtigt. Die Kommission konnte indessen der Auffassung der bayerischen Staatsregierung nicht folgen, sondern hat dem Gesichtspunkt der Kontinuität im Sinne einer Erhaltung der bisherigen Wahlkreise Vorrang gegeben gegenüber einer Übereinstimmung der Bundestagswahlkreise mit den Stimmkreisen für die Landtagswahl (siehe auch S. 9).

Saarland:

Es bleibt bei 5 Wahlkreisen.

Die Abweichungen der Bevölkerungszahlen vom Bundesdurchschnitt betragen nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung zwischen minus 11,9 % und plus 0,2 %. Die Wahlkreiskommission hält insoweit eine Änderung der Wahlkreise im Saarland nicht für erforderlich. Die bevorstehende Verwaltungsneugliederung konnte noch nicht berücksichtigt werden.

Wiesbaden, den 16. November 1973

Die Wahlkreiskommission

Dr. Hildegard Bartels

Prof. Dr. Feneberg

Prof. Dr. Fürst

Dr. Ganser

Dr. Gensior

Dr. Kellner

Dr. Schmidt

Anlage 1

**Die gegenwärtigen Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung
am 1. Januar 1973**

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %
Schleswig-Holstein							
1	Flensburg	164 687	-27,5	27	Cloppenburg	231 531	+ 1,9
2	Schleswig — Eckernförde	193 379	-14,9	28	Hoya	186 170	-18,1
3	Nordfriesland — Dithmarschen-Nord	218 925	- 3,7	29	Verden	232 821	+ 2,4
4	Steinburg — Dithmarschen-Süd	202 568	-10,9	30	Soltau — Harburg	263 590	+16,0
5	Rendsburg — Neumünster	241 500	+ 6,3	31	Lüneburg — Lüchow- Dannenberg	226 356	- 0,4
6	Kiel	237 989	+ 4,7	32	Bersenbrück	194 460	-14,4
7	Plön	190 040	-16,4	33	Osnabrück	276 550	+21,7
8	Segeberg — Eutin	278 582	+22,6	34	Nienburg	243 489	+ 7,1
9	Pinneberg	240 316	+ 5,7	35	Schaumburg	283 268	+24,6
10	Stormarn — Herzog- tum Lauenburg	306 149	+34,7	36	Hannover I	220 536	- 3,0
11	Lübeck	228 013	+ 0,3	37	Hannover II	197 819	-13,0
Hamburg				38	Hannover III	293 855	+29,3
12	Hamburg-Mitte	153 487	-32,5	39	Celle	280 243	+23,3
13	Altona	213 443	- 6,1	40	Gifhorn	252 301	+11,0
14	Eimsbüttel	236 160	+ 3,9	41	Hameln — Springe	196 763	-13,4
15	Hamburg-Nord I	190 771	-16,1	42	Holzminden	196 560	-13,5
16	Hamburg-Nord II	194 312	-14,5	43	Hildesheim	203 668	-10,4
17	Wandsbek	255 976	+12,6	44	Salzgitter	198 098	-12,8
18	Bergedorf	240 524	+ 5,8	45	Braunschweig	209 606	- 7,8
19	Harburg	190 053	-16,4	46	Helmstedt — Wolfsburg	286 000	+25,8
Niedersachsen				47	Goslar — Wolfenbüttel	195 533	-14,0
20	Emden — Leer	268 111	+18,0	48	Northeim	221 030	- 2,7
21	Wilhelmshaven	280 319	+23,3	49	Göttingen	239 585	+ 5,4
22	Oldenburg	263 516	+15,9	Bremen			
23	Delmenhorst — Wesermarsch	215 811	- 5,0	50	Bremen-Ost	257 047	+13,1
24	Cuxhaven	184 947	-18,6	51	Bremen-West	203 667	-10,4
25	Stade	217 898	- 4,1	52	Bremerhaven — Bremen-Nord	243 908	+ 7,3
26	Emsland	226 450	- 0,4	Nordrhein-Westfalen			
				53	Aachen-Stadt	221 142	- 2,7
				54	Aachen-Land	273 016	+20,1
				55	Heinsberg	204 654	-10,0

1) Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt werden.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %
56	Düren	226 309	- 0,4	91	Duisburg II	211 456	- 7,0
57	Bergheim	312 790	+ 37,6	92	Ahaus — Bocholt	260 510	+ 14,6
58	Köln-Land	257 991	+ 13,5	93	Tecklenburg	233 695	+ 2,8
59	Köln I	167 877	- 26,1	94	Beckum — Warendorf	236 930	+ 4,2
60	Köln II	164 093	27,8	95	Münster	227 143	- 0,1
61	Köln III	210 334	- 7,5	96	Steinfurt — Coesfeld	282 665	+ 24,4
62	Köln IV	205 981	- 9,4	97	Gelsenkirchen I	162 348	- 28,6
63	Bonn	263 646	+ 16,0	98	Gelsenkirchen II	159 333	- 29,9
64	Rhein-Sieg-Kreis I	256 150	+ 12,7	99	Recklinghausen-Land	249 451	+ 9,8
65	Oberbergischer Kreis — Rhein-Sieg-Kreis II	276 266	+ 21,6	100	Recklinghausen-Stadt	222 707	- 2,0
66	Rheinisch-Bergischer Kreis	274 509	+ 20,8	101	Bottrop — Gladbeck	178 559	- 21,4
67	Leverkusen — Opladen	266 841	+ 17,4	102	Höxter	202 478	- 10,9
68	Remscheid	186 480	- 18,0	103	Bielefeld-Land	299 455	+ 31,8
69	Wuppertal I	187 856	- 17,3	104	Bielefeld-Stadt	153 286	- 32,6
70	Wuppertal II	192 923	- 15,0	105	Detmold — Lippe	296 879	+ 30,6
71	Solingen	158 520	- 30,3	106	Paderborn — Wiedenbrück	228 284	+ 0,4
72	Düsseldorf-Mettmann I	183 641	- 19,2	107	Herford	238 390	+ 4,9
73	Düsseldorf-Mettmann II	197 217	- 13,2	108	Minden	286 877	+ 26,2
74	Düsseldorf I	174 218	- 23,5	109	Lüdinghausen	294 225	+ 29,5
75	Düsseldorf II	188 622	- 15,7	110	Wanne-Eickel — Wattenscheid	167 989	- 26,1
76	Düsseldorf III	207 130	- 8,9	111	Herne — Castrop- Rauxel	176 669	- 22,3
77	Neuss — Grevenbroich I	280 341	+ 23,3	112	Ennepe-Ruhr-Kreis	250 025	+ 10,0
78	Rheydt — Grevenbroich II	186 727	- 17,8	113	Hagen	182 964	- 19,5
79	Mönchengladbach	221 679	- 2,5	114	Dortmund I	219 086	- 3,6
80	Krefeld	205 732	- 9,5	115	Dortmund II	182 580	- 19,7
81	Kempfen-Krefeld	166 279	- 26,8	116	Dortmund III	203 461	- 10,5
82	Moers	275 573	+ 21,3	117	Bochum	202 167	- 11,0
83	Kleve	243 624	+ 7,2	118	Bochum — Witten	215 819	- 5,0
84	Dinslaken	252 392	+ 11,1	119	Iserlohn	243 577	+ 7,2
85	Oberhausen	229 413	+ 0,9	120	Lippstadt — Brilon	181 294	- 20,2
86	Mülheim	182 683	- 19,6	121	Olpe — Meschede	183 082	- 19,4
87	Essen I	216 086	- 4,9	122	Arnsberg — Soest	262 961	+ 15,7
88	Essen II	215 219	- 5,3	123	Unna	226 301	- 0,4
89	Essen III	222 610	- 2,1	124	Lüdenscheid	219 144	- 3,6
90	Duisburg I	193 098	- 15,0	125	Siegen — Wittgenstein	276 101	+ 21,5

1) Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bun- desdurch- schnitt in %	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bun- desdurch- schnitt in %
Hessen							
126	Waldeck	188 304	- 17,1	161	Kaiserslautern	267 490	+ 17,7
127	Kassel	233 495	+ 2,7	162	Pirmasens	191 379	- 15,8
128	Eschwege	188 186	- 17,2	163	Landau	224 711	- 1,1
129	Fritzlar-Homberg	190 634	- 16,1	Baden-Württemberg			
130	Hersfeld	212 684	- 6,4	164	Stuttgart I	192 784	- 15,2
131	Marburg	225 001	- 1,0	165	Stuttgart II	169 641	- 25,4
132	Wetzlar	249 480	+ 9,8	166	Stuttgart III	177 552	- 21,9
133	Gießen	241 811	+ 6,4	167	Ludwigsburg	275 949	+ 21,4
134	Fulda	241 974	+ 6,5	168	Heilbronn	275 572	+ 21,2
135	Obertaunuskreis (Hochtaunuskreis)	305 537	+ 34,4	169	Leonberg — Vaihingen	266 211	+ 17,1
136	Friedberg	257 841	+ 13,4	170	Nürtingen — Böblingen	283 688	+ 24,8
137	Limburg	223 764	- 1,5	171	Eßlingen	231 052	+ 1,7
138	Wiesbaden	228 844	+ 0,7	172	Göppingen	210 073	- 7,6
139	Hanau	278 769	+ 22,7	173	Ulm	173 724	- 23,6
140	Frankfurt I	187 565	- 17,5	174	Aalen — Heidenheim	270 494	+ 19,0
141	Frankfurt II	202 388	- 11,0	175	Schwäbisch Gmünd — Backnang	266 204	+ 17,1
142	Frankfurt III	168 874	- 25,7	176	Crailsheim	186 962	- 17,7
143	Groß Gerau	313 585	+ 38,0	177	Waiblingen	225 379	- 0,8
144	Offenbach	243 376	+ 7,1	178	Karlsruhe	239 565	+ 5,4
145	Darmstadt	245 823	+ 8,2	179	Mannheim I	190 061	- 16,4
146	Dieburg	296 948	+ 30,7	180	Mannheim II	216 911	- 4,6
147	Bergstraße	223 074	- 1,8	181	Heidelberg-Stadt	207 899	- 8,5
Rheinland-Pfalz				182	Pforzheim — Karlsruhe-Land I	250 031	+ 10,0
148	Neuwied	266 523	+ 17,3	183	Bruchsal — Karlsruhe-Land II	238 753	+ 5,0
149	Ahrweiler	208 453	- 8,3	184	Heidelberg-Land — Sinsheim	253 490	+ 11,5
150	Koblenz	231 629	+ 1,9	185	Tauberbischofsheim	218 614	- 3,8
151	Cochem	172 891	- 23,9	186	Konstanz	253 815	+ 11,7
152	Kreuznach	234 893	+ 3,4	187	Donaueschingen	244 246	+ 7,5
153	Bitburg	198 013	- 12,9	188	Waldshut	184 487	- 18,8
154	Trier	219 315	- 3,5	189	Lörrach — Müllheim	206 259	- 9,2
155	Montabaur	278 040	+ 22,3	190	Freiburg	252 027	+ 10,9
156	Mainz	276 446	+ 21,6	191	Emmendingen — Wolfach	175 532	- 22,8
157	Worms	206 656	- 9,1	192	Offenburg	256 030	+ 12,7
158	Frankenthal	171 540	- 24,5	193	Rastatt	257 484	+ 13,3
159	Ludwigshafen	208 215	- 8,4				
160	Neustadt — Speyer	202 975	- 10,7				

1) Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %
194	Reutlingen	292 426	+ 28,7	222	Bamberg	237 221	+ 4,4
195	Calw	247 970	+ 9,1	223	Bayreuth	217 614	- 4,3
196	Rottweil	182 234	- 19,8	224	Coburg	201 798	- 11,2
197	Balingen	275 538	+ 21,2	225	Kulmbach	227 243	- 0,0
198	Biberach	232 898	+ 2,5	226	Hof	201 243	- 11,5
199	Ravensburg	283 384	+ 24,7	227	Ansbach	236 614	+ 4,1
Bayern				228	Erlangen	264 161	+ 16,2
200	Altötting	208 072	- 8,4	229	Fürth	218 644	- 3,8
201	Fürstenfeldbruck	277 516	+ 22,1	230	Nürnberg-Nord	223 473	- 1,7
202	Ingolstadt	252 882	+ 11,3	231	Nürnberg-Süd	242 398	+ 6,7
203	Miesbach	241 571	+ 6,3	232	Weißenburg	239 473	+ 5,4
204	München-Mitte	160 993	- 29,2	233	Aschaffenburg	238 507	+ 4,9
205	München-Nord	273 993	+ 20,6	234	Bad Kissingen	226 738	- 0,2
206	München-Ost	238 337	+ 4,9	235	Karlstadt	238 055	+ 4,7
207	München-Süd	260 165	+ 14,5	236	Schweinfurt	218 701	- 3,8
208	München-West	213 688	- 6,0	237	Würzburg	234 316	+ 3,1
209	München-Land	312 277	+ 37,4	238	Augsburg	233 015	+ 2,5
210	Rosenheim	253 464	+ 11,5	239	Augsburg-Land	219 968	- 3,2
211	Traunstein	216 076	- 4,9	240	Donauwörth	231 096	+ 1,7
212	Weilheim	209 119	- 8,0	241	Neu-Ulm	231 413	+ 1,8
213	Deggendorf	213 010	- 6,3	242	Kaufbeuren	249 863	+ 9,9
214	Landshut	195 893	- 13,8	243	Kempton	270 040	+ 18,8
215	Passau	221 114	- 2,7	Saarland			
216	Straubing	200 375	- 11,8	244	Saarbrücken-Stadt	200 133	- 11,9
217	Pfarrkirchen	177 969	- 21,7	245	Saarbrücken-Land	212 112	- 6,7
218	Amberg — Neumarkt	259 854	+ 14,3	246	Saarlouis	227 754	+ 0,2
219	Burglengenfeld	246 897	+ 8,6	247	Ottweiler	225 160	- 0,9
220	Regensburg	229 519	+ 1,0	248	St. Ingbert	214 544	- 5,6
221	Tirschenreuth	212 297	- 6,6				

1) Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

Anlage 2

**Die vorgeschlagenen Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung
am 1. Januar 1973**

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 ¹⁾		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 ¹⁾	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %
Schleswig-Holstein				24	Stade	220 395	- 3,0
1	Flensburg — Schleswig	265 053	+ 16,6	25	Emsland	235 745	+ 3,7
2 *)	Nordfriesland — Dithmarschen-Nord	218 925	- 3,7	26	Cloppenburg	220 025	- 3,2
3 *)	Steinburg — Dithmarschen-Süd	202 568	- 10,9	27	Hoya	188 177	- 17,2
4	Rendsburg — Eckernförde	228 060	+ 0,3	28	Verden	232 390	+ 2,3
5	Kiel	260 438	+ 14,6	29	Soltau — Harburg	272 217	+ 19,8
6	Plön — Neumünster	193 840	- 14,7	30	Lüneburg — Lüchow — Dannenberg	216 215	- 4,9
7 *)	Pinneberg	240 316	+ 5,7	31	Bersenbrück	195 079	- 14,2
8	Segeberg — Stormarn- Nord	238 185	+ 4,8	32 *)	Osnabrück	276 550	+ 21,7
9	Ostholstein	181 111	- 20,3	33	Nienburg	239 946	+ 5,6
10	Herzogtum Lauen- burg — Stormarn-Süd	245 639	+ 8,1	34	Schaumburg	245 239	+ 7,9
11 *)	Lübeck	228 013	+ 0,3	35	Burgdorf	224 998	- 1,0
Hamburg				36 *)	Hannover I	220 536	- 3,0
12	Hamburg-Mitte — Bergedorf	252 182	+ 11,0	37 *)	Hannover II	197 819	- 13,0
13	Altona	254 541	+ 12,0	38	Hannover III	216 683	- 4,7
14	Eimsbüttel	258 084	+ 13,6	39	Celle	173 014	- 23,9
15	Hamburg-Nord I	217 828	- 4,2	40	Gifhorn	270 358	+ 19,0
16	Hamburg-Nord II	220 171	- 3,1	41	Hamelu — Springe	196 955	- 13,3
17	Wandsbek	252 666	+ 11,2	42	Holz Minden	194 637	- 14,4
18	Harburg	219 254	- 3,5	43	Hildesheim	208 941	- 8,1
Niedersachsen				44	Salzgitter	194 579	- 14,4
19	Emden — Leer	273 471	+ 20,3	45	Braunschweig	209 645	- 7,8
20	Wilhelmshaven	273 298	+ 20,2	46	Helmstedt — Wolfs- burg	276 286	+ 21,6
21	Oldenburg	265 126	+ 16,7	47	Goslar — Wolfenbüttel	196 703	- 13,5
22	Delmenhorst — Wesermarsch	216 401	- 4,8	48	Northeim	203 005	- 10,7
23	Cuxhaven	185 244	- 18,5	49	Göttingen	247 207	+ 8,8
				Bremen			
				50 *)	Bremen-Ost	257 047	+ 13,1
				51 *)	Bremen-West	203 667	- 10,4
				52 *)	Bremerhaven — Bremen-Nord	243 908	+ 7,3

*) Gegenüber Wahlkreisabgrenzung für die Bundestagswahl 1972 unverändert.

1) Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

noch Anlage 2

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bun- desdurch- schnitt in %	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bun- desdurch- schnitt in %
Nordrhein-Westfalen							
53	Von Vorschlägen abgesehen (s. S. 13 f.)			151 *)	Bitburg	198 013	- 12,9
123				152 *)	Trier	219 315	- 3,5
Hessen							
124	Kassel-Land	199 183	- 12,4	153	Montabaur	276 779	+ 21,8
125	Kassel-Stadt	200 352	- 11,8	154	Mainz	276 990	+ 21,9
126	Waldeck	234 339	+ 3,1	155	Worms	206 112	- 9,3
127	Hersfeld	250 754	+ 10,3	156	Frankenthal	172 122	- 24,3
128	Vogelsberg	205 491	- 9,6	157 *)	Ludwigshafen	208 215	- 8,4
129	Marburg	225 871	- 0,6	158 *)	Neustadt — Speyer	202 975	- 10,7
130 *)	Wetzlar	249 480	+ 9,8	159	Kaiserslautern	266 908	+ 17,4
131	Fulda	227 045	- 0,1	160 *)	Pirmasens	191 379	- 15,8
132	Gießen	189 203	- 16,8	161 *)	Landau	224 711	- 1,1
133	Limburg	283 154	+ 24,6	Baden-Württemberg			
134	Wetterau	229 080	+ 0,8	162	Stuttgart-Süd	265 764	+ 16,9
135	Hanau	280 267	+ 23,3	163	Stuttgart-Nord	274 213	+ 20,7
136	Hochtaunus	283 626	+ 24,8	164	Waiblingen	228 242	+ 0,4
137	Frankfurt I	228 139	+ 0,4	165	Backnang — Schwäbisch Gmünd	190 922	- 16,0
138	Frankfurt II	209 933	- 9,6	166	Aalen — Heidenheim	266 603	+ 17,3
139	Frankfurt III — Offenbach-Stadt	234 650	+ 3,2	167 *)	Göppingen	210 073	- 7,6
140 *)	Wiesbaden	228 844	+ 0,7	168	Esslingen	193 520	- 14,9
141	Groß-Gerau	279 199	+ 22,8	169	Nürtingen	192 764	- 15,2
142	Offenbach-Land	241 092	+ 6,1	170	Böblingen	244 210	+ 7,5
143	Odenwald	199 261	- 12,3	171	Ludwigsburg	228 936	+ 0,7
144 *)	Darmstadt	245 823	+ 8,2	172	Marbach — Eppingen	241 998	+ 6,5
145	Bergstraße	223 171	- 1,8	173	Heilbronn	207 846	- 8,5
Rheinland-Pfalz				174	Schwäbisch Hall — Künzelsau	223 709	- 1,6
146 *)	Neuwied	266 523	+ 17,3	175	Mosbach — Tauberbischofsheim	250 941	+ 10,4
147 *)	Ahrweiler	208 453	- 8,3	176	Mannheim-West	189 009	- 16,8
148	Koblenz	232 890	+ 2,5	177	Mannheim-Ost	216 731	- 4,6
149 *)	Cochem	172 891	- 23,9	178	Heidelberg	223 628	- 1,6
150 *)	Kreuznach	234 893	+ 3,4	179	Sinsheim — Wiesloch	193 801	- 14,7
				180	Bruchsal	231 592	+ 1,9
				181	Karlsruhe	273 896	+ 20,5
				182	Pforzheim	258 377	+ 13,7

*) Gegenüber Wahlkreisabgrenzung für die Bundestagswahl 1972 unverändert.

1) Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

noch Anlage 2

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)		Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 1. Januar 1973 1)	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %	Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %
183	Rastatt	285 556	+25,6	215	Passau	197 131	-13,3
184	Calw — Freudenstadt	203 249	-10,6	216	Rottal-Inn	171 439	-24,6
185	Offenburg	220 613	-2,9	217	Straubing	198 092	-12,8
186	Emmendingen — Lahr	238 241	+4,8	218	Amberg	233 611	+2,8
187	Freiburg	224 879	-1,1	219	Regensburg	254 550	+12,0
188	Lörrach	238 303	+4,9	220	Schwandorf	247 855	+9,1
189	Waldshut	180 672	-20,5	221	Weiden	218 629	-3,8
190	Villingen — Schwenningen	177 335	-22,0	222	Bamberg	179 016	-21,2
191	Rottweil — Tuttlingen	223 668	-1,6	223	Bayreuth	250 095	+10,0
192	Konstanz	206 317	-9,2	224	Coburg	207 800	-8,6
193	Sigmaringen	188 420	-17,1	225	Hof	167 741	-26,2
194	Tübingen	226 383	-0,4	226	Kulmbach	244 669	+7,7
195	Reutlingen	211 990	-6,7	27	Ansbach	277 043	+21,9
196	Ulm	233 698	+2,8	228	Nürnberger Land	215 835	-5,0
197	Biberach — Wangen	245 245	+7,9	229	Fürth	258 487	+13,7
198	Friedrichshafen — Ravensburg	253 595	+11,6	230 *)	Nürnberg-Nord	223 473	-1,7
	Bayern			231 *)	Nürnberg-Süd	242 398	+6,7
199	Altötting	253 668	+11,6	232	Roth	207 716	-8,6
200	Bad Tölz	232 601	+2,3	233	Aschaffenburg	192 906	-15,1
201	Freising	262 218	+15,4	234	Bad Kissingen	261 881	+15,2
202	Fürstenfeldbruck	202 600	-10,9	235	Main — Spessart	223 225	-1,8
203	Ingolstadt	238 135	+4,8	236	Schweinfurt	230 811	+1,6
204	München-Mitte	239 244	+5,3	237	Würzburg	247 708	+9,0
205	München-Nord	250 394	+10,2	238 *)	Augsburg-Stadt	233 015	+2,5
206	München-Ost	226 984	-0,1	239	Augsburg-Land	247 455	+8,9
207	München-Süd	216 866	-4,6	240	Donau-Ries	192 662	-15,2
208 *)	München-West	213 688	-6,0	241	Neu-Ulm	223 453	-1,7
209	München-Land	260 023	+14,4	242	Oberallgäu	234 843	+3,3
210	Rosenheim	204 078	-10,2	243	Unterallgäu	287 407	+26,5
211	Traunstein	215 346	-5,2		Saarland		
212	Weilheim	182 548	-19,7	244 *)	Saarbrücken-Stadt	200 133	-11,9
213	Deggendorf	169 681	-25,3	245 *)	Saarbrücken-Land	212 112	-6,7
214	Landshut	237 655	+4,6	246 *)	Saarlouis	227 754	+0,2
				247 *)	Ottweiler	225 160	-0,9
				248 *)	St. Ingbert	214 544	-5,6

*) Gegenüber Wahlkreisabgrenzung für die Bundestagswahl 1972 unverändert.

1) Für die Wahlkreise, zu denen Gemeinde- oder Kreisteile gehören, sind die Zahlen für die nicht einbezogenen Ausländer anteilig aufgeschlüsselt worden.

Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
Schleswig-Holstein		
1	Flensburg — Schleswig	Kreisfreie Stadt Flensburg, Kreise Flensburg-Land, Schleswig
2	Nordfriesland — Dithmarschen-Nord	Kreis Nordfriesland, vom Kreis Dithmarschen die kirchspielfreien Gemeinden Heide, Wesselburen sowie die Gemeinden Büsum, Büsumer Deichhausen, Hedwigenkoog, Oesterdeichstrich, Warwerort, Westerdeichstrich (= Kirchspielslandgemeinde Büsum), Barkenholm, Bergewörden, Delve, Fedderingen, Glüsing, Hägen, Hennstedt, Hollingstedt, Kleve, Linden, Norderheistedt, Schlichting, Schwienhusen, Süderheistedt, Wiemerstedt (= Kirchspielslandgemeinde Hennstedt), Groven, Hemme, Karolinenkoog, Krempel, Lehe, Lunden, Rehm-Flehde-Bargen, Sankt Annen (= Kirchspielslandgemeinde Lunden), Dellstedt, Dörpling, Gaushorn, Hövede, Lendern, Lüdersbüttel, Pahlen, Rederstall, Schalkholz, Schelrade, Tellingstedt, Tielenhemme, Wallen, Wellerhop, Welmbüttel, Westerhorstel, Wrohm (= Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt), Neuenkirchen, Ostrohe, Stelle-Wittenwurth, Weddingstedt, Wesseln (= Kirchspielslandgemeinde Weddingstedt), Friedrichgabekoog, Haferwisch-Poppenwurth, Hasenbüttel, Hellschen-Heringsand-Unterschaar, Hillgroven, Jarrenwisch-Hödienwisch, Norddeich, Norderwörden, Reinsbüttel, Schülp, Strübbel, Süderdeich, Wehren-Oken, Wesselburener Deichhausen, Wesselburenerkoog (= Kirchspielslandgemeinde Wesselburen) (s. Wkr. 3)
3	Steinburg — Dithmarschen-Süd	Kreis Steinburg, Kreis Dithmarschen ohne die kirchspielfreien Gemeinden Heide, Wesselburen sowie die Gemeinden Büsum, Büsumer Deichhausen, Hedwigenkoog, Oesterdeichstrich, Warwerot, Westerdeichstrich (= Kirchspielslandgemeinde Büsum), Barkenholm, Bergewörden, Delve, Fedderingen, Glüsing, Hägen, Hennstedt, Hollingstedt, Kleve, Linden, Norderheistedt, Schlichting, Schwienhusen, Süderheistedt, Wiemerstedt (= Kirchspielslandgemeinde Hennstedt), Groven, Hemme, Karolinenkoog, Krempel, Lehe, Lunden, Rehm-Flehde-Bargen, Sankt Annen (= Kirchspielslandgemeinde Lunden), Dellstedt, Dörpling, Gaushorn, Hövede, Lendern, Lüdersbüttel, Pahlen, Rederstall, Schalkholz, Schelrade, Tellingstedt, Tielenhemme, Wallen, Wellerhop, Welmbüttel, Westerborstel, Wrohm (= Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt), Neuenkirchen, Ostrohe, Stelle-Wittenwurth, Weddingstedt, Wesseln (= Kirchspielslandgemeinde Weddingstedt), Friedrichgabekoog, Haferwisch-Poggenwurth, Hasenbüttel, Hellschen-Heringsand-Unterschaar, Hillgroven, Jarrenwisch-Hödienwisch, Norddeich, Norderwörden, Reinsbüttel, Schülp, Strübbel, Süderdeich, Wehren-Oken, Wesselburener Deichhausen, Wesselburenerkoog (= Kirchspielslandgemeinde Wesselburen) (s. Wkr. 2)
4	Rendsburg- Eckernförde	Kreis Rendsburg-Eckernförde
5	Kiel	Kreisfreie Stadt Kiel
6	Plön — Neumünster	Kreisfreie Stadt Neumünster, Kreis Plön
7	Pinneberg	Kreis Pinneberg

n o c h Anlage 3

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
8	Segeberg — Stormarn-Nord	Kreis Segeberg, vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Bad Oldesloe, Bargtheide, Reinfeld (Holstein), Tangstedt sowie die Gemeinden Barkhorst, Eichede, Grabau, Lasbek-Dorf, Lasbek-Gut, Meddewade, Mollhagen, Neritz, Pölitz, Rethwisch, Rohlfshagen, Rümpel, Schulenburg, Sehmsdorf, Sprenge, Tralau, Travenberg (= Amt Bad Oldesloe-Land), Bargfeld-Stegen, Delingsdorf, Elmenhorst, Fischbek, Hammoor, Jersbek, Klein Hansdorf, Nienwohld, Timmerhorn, Todendorf, Tremsbüttel (= Amt Bargtheide-Land), Bardendorf, Barnitz, Benstaben, Dahmsdorf, Groß Wesenberg, Hamberge, Hansfelde, Havighorst b. Bad Oldesloe, Heidekamp, Heilshoop, Klein Schenkenberg, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Pöhls, Ratzbek, Rehhorst, Steinfeld, Stubbendorf, Westerau, Willendorf, Zarpen (= Amt Nordstormarn) (s. Wkr. 10)
9	Ostholstein	Kreis Ostholstein
10	Herzogtum Lauenburg — Stormarn-Süd	Kreis Herzogtum Lauenburg, Kreis Stormarn o h n e die amtsfreien Gemeinden Bad Oldesloe, Bargtheide, Reinfeld (Holstein), Tangstedt sowie die Gemeinden Barkhorst, Eichede, Grabau, Lasbek-Dorf, Lasbek-Gut, Meddewade, Mollhagen, Neritz, Pölitz, Rethwisch, Rohlfshagen, Rümpel, Schulenburg, Sehmsdorf, Sprenge, Tralau, Travenberg (= Bad Oldesloe-Land), Bargfeld-Stegen, Delingsdorf, Elmenhorst, Fischbek, Hammoor, Jersbek, Klein Hansdorf, Nienwohld, Timmerhorn, Todendorf, Tremsbüttel (= Amt Bargtheide-Land), Badendorf, Barnitz, Benstaben, Dahmsdorf, Groß Wesenberg, Hamberge, Hansfelde, Havighorst b. Bad Oldesloe, Heidekamp, Heilshoop, Klein Schenkenberg, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Pöhls, Ratzbek, Rehhorst, Steinfeld, Stubbendorf, Westerau, Willendorf, Zarpen (= Amt Nordstormarn) (s. Wkr. 8)
11	Lübeck	Kreisfreie Stadt Lübeck
12	Hamburg-Mitte — Bergedorf	Hamburg Bezirk Hamburg-Mitte o h n e die Ortsteile 110 bis 112 (s. Wkr. 13), die Ortsteile 104 bis 109 (s. Wkr. 14), die Ortsteile 133 bis 139 (s. Wkr. 18), Bezirk Bergedorf
13	Altona	Bezirk Altona, vom Bezirk Hamburg-Mitte die Ortsteile 110 bis 112 (s. Wkr. 12)
14	Eimsbüttel	Bezirk Eimsbüttel, vom Bezirk Hamburg-Mitte die Ortsteile 104 bis 109 (s. Wkr. 12)
15	Hamburg-Nord I	Bezirk Hamburg-Nord o h n e die Ortsteile 418 bis 429 (s. Wkr. 16)
16	Hamburg-Nord II	Vom Bezirk Hamburg-Nord die Ortsteile 418 bis 429 (s. Wkr. 15) vom Bezirk Wandsbek die Ortsteile 515 bis 520 (s. Wkr. 17)
17	Wandsbek	Bezirk Wandsbek o h n e die Ortsteile 515 bis 520 (s. Wkr. 16)

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
18	Harburg	Bezirk Hamburg, vom Bezirk Hamburg-Mitte die Ortsteile 133 bis 139 (s. Wkr. 12)
Niedersachsen		
19	Emden — Leer	Kreisfreie Stadt Emden, Landkreise Leer, Norden
20	Wilhelmshaven	Kreisfreie Stadt Wilhelmshaven, Landkreise Aurich (Ostfriesland), Wittmund, Landkreis Friesland o h n e die Gemeinden Bockhorn, Sande, Stadt Varel, Zetel (s. Wkr. 21)
21	Oldenburg	Kreisfreie Stadt Oldenburg (Oldenburg), Landkreis Ammerland, vom Landkreis Friesland die Gemeinden Bockhorn, Sande, Stadt Varel, Zetel (s. Wkr. 20)
22	Delmenhorst — Wesermarsch	Kreisfreie Stadt Delmenhorst, Landkreis Oldenburg (Oldenburg) o h n e die Gemeinden Großenkneten, Hatten, Wardenburg (s. Wkr. 26), Landkreis Wesermarsch
23	Cuxhaven	Kreisfreie Stadt Cuxhaven, Landkreise Land Hadeln, Wesermünde
24	Stade	Landkreise Bremervörde, Stade
25	Emsland	Landkreis Aschendorf-Hümmling o h n e die Gemeinden Gehlenberg, Neuvrees (s. Wkr. 26), Landkreis Grafschaft Bentheim, Landkreis Meppen o h n e die Gemeinden Geeste, Stadt Haselünne, Stadt Meppen (s. Wkr. 31)
26	Cloppenburg	Landkreise Cloppenburg, Vechta, vom Landkreis Aschendorf-Hümmling die Gemeinden Gehlenberg, Neuvrees (s. Wkr. 25), vom Landkreis Oldenburg (Oldenburg) die Gemeinden Großenkneten, Hatten, Wardenburg (s. Wkr. 22)
27	Hoya	Landkreise Fallingbostal, Grafschaft Hoya, vom Landkreis Verden die Gemeinden Blender, Emtinghausen, Morsum, Riede, Thedinghausen (s. Wkr. 28)
28	Verden	Landkreise Osterholz, Rotenburg (Wümme), Landkreis Verden o h n e die Gemeinden Blender, Emtinghausen, Morsum, Riede, Thedinghausen (s. Wkr. 27)

noch Anlage 3

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
29	Soltau — Harburg	Landkreise Harburg, Soltau, vom Landkreis Uelzen die Gemeinden Flecken Ebstorf, Eimke, Gerdau, Hanstedt, Natendorf, Schwienau, Suderburg, Stadt Uelzen, Wriedel (s. Wkr. 30)
30	Lüneburg — Lüchow-Dannenberg	Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Landkreis Uelzen ohne die Gemeinden Flecken Ebstorf, Eimke, Gerdau, Hanstedt, Natendorf, Schwienau, Suderburg, Stadt Uelzen, Wriedel (s. Wkr. 29)
31	Bersenbrück	Landkreis Lingen, vom Landkreis Meppen die Gemeinden Geeste, Stadt Haselünne, Stadt Meppen (s. Wkr. 25), Landkreis Osnabrück ohne die Gemeinden Stadt Bad Iburg, Bad Rothenfelde, Belm, Bissendorf, Stadt Dissen, Stadt Georgsmarienhütte, Hagen am Teutoburger Wald, Hasbergen, Hilter am Teutoburger Wald, Laer, Wallenhorst (s. Wkr. 32), die Gemeinden Bad Essen, Bohmte, Stadt Melle, Ostercappeln (s. Wkr. 33)
32	Osnabrück	Kreisfreie Stadt Osnabrück, vom Landkreis Osnabrück die Gemeinden Stadt Bad Iburg, Bad Rothenfelde, Belm, Bissendorf, Stadt Dissen, Stadt Georgsmarienhütte, Hagen am Teutoburger Wald, Hasbergen, Hilter am Teutoburger Wald, Laer, Wallenhorst (s. Wkr. 31)
33	Nienburg	Landkreise Grafschaft Diepholz, Nienburg (Weser), vom Landkreis Osnabrück die Gemeinden Bad Essen, Bohmte, Stadt Melle, Ostercappeln (s. Wkr. 31)
34	Schaumburg	Landkreise Grafschaft Schaumburg, Schaumburg-Lippe, Landkreis Neustadt am Rübenberge ohne die Gemeinden Berenbostel, Frielingen, Stadt Garbsen, Horst, Meyenfeld, Osterwald Oberende, Osterwald Unterende, Schloß Ricklingen, Stelingen (s. Wkr. 35)
35	Burgdorf	Landkreis Burgdorf ohne die Gemeinden Altmerdingsen, Dollbergen, Hänigsen, Katensen, Oelerse, Schwüblingsen, Uetze (s. Wkr. 39), die Gemeinden Arpke, Dolgen, Haimar, Harber, Immensen, Landwehr, Röhre, Sievershausen (s. Wkr. 40), vom Landkreis Hannover die Gemeinden Engelbostel, Godshorn, Heitlingen, Kaltenweide, Krähenwinkel, Stadt Langenhagen, Schulenburg, Vinnhorst (s. Wkr. 38), vom Landkreis Neustadt am Rübenberge die Gemeinden Berenbostel, Frielingen, Stadt Garbsen, Horst, Meyenfeld, Osterwald Oberende, Osterwald Unterende, Schloß Ricklingen, Stelingen (s. Wkr. 34)
36	Hannover I	Von der kreisfreien Stadt Hannover: das Gebiet nördlich der Bahnlinie Seelze-Hannover-Lehrte

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
37	Hannover II	<p>Von der kreisfreien Stadt Hannover: das im Norden und Osten von der Bahnlinie Seelze-Hannover-Hbf.-Hannover-Wülfel begrenzte Gebiet ohne die Stadtteile Döhren und Wülfel</p>
38	Hannover III	<p>Von der kreisfreien Stadt Hannover: die Stadtteile Döhren und Wülfel sowie das im Winkel der Bahnlinien Hannover-Lehrte und Hannover-Göttingen gelegene Gebiet, Landkreis Hannover ohne die Gemeinden Engelbostel, Godshorn, Heitlingen, Kaltenweide, Krähenwinkel, Stadt Langenhagen, Schulenburg, Vinnhorst (s. Wkr. 35)</p>
39	Celle	<p>Landkreis Celle, vom Landkreis Burgdorf die Gemeinden Altmerdingsen, Dollbergen, Hänigsen, Katensen, Oelers, Schwüblingsen, Uetze (s. Wkr. 35), vom Landkreis Gifhorn die Gemeinden Allersehl, Alt Isenhagen, Betzhorn, Blickwedel, Boitzenhagen, Bokel, Bottendorf, Darrigsdorf, Dedelstorf, Emmen, Erpensen, Eutzen, Gannerwinkel, Glüsing, Groß Oesingen, Hagen bei Knesebeck, Hagen bei Sprakensehl, Hankensbüttel, Kakerbeck, Knesebeck, Langwedel, Lingwedel, Lüben, Lüsche, Mahrenholz, Masel, Oerrel, Ohrdorf, Plastau, Rade, Räderloh, Repke, Schneflingen, Schönewörde, Schweimke, Sprakensehl, Steimke, Steinhorst, Stöcken, Suderwittingen, Teschendorf, Vorhop, Wagenhoff, Wahrenholz, Weddersehl, Wentorf, Wesendorf, Westerholz, Wettendorf, Wierstorf, Stadt Wittingen, Wollerstorf, Wunderbüttel, Zahrenholz, Zasenbeck (s. Wkr. 40)</p>
40	Gifhorn	<p>Vom Landkreis Braunschweig die Gemeinden Alvesse, Bettmar, Bevenrode, Bienrode, Bodenstedt, Bortfeld, Denstorf, Dibbesdorf, Dutenstedt, Essinghausen, Fürstenau, Groß Gleidingen, Harvesse, Hondelage, Klein Gleidingen, Köchingen, Lehre, Liedingen, Meerdorf, Neubrück, Schapen, Sierße, Sonnenberg, Sophienthal, Thune, Vallstedt, Vechelade, Vechelde, Völkenrode, Volkmarode, Waggum, Wahle, Watenbüttel, Wedtlenstedt, Wendeburg, Wenden, Wierthe (s. Wkr. 46), vom Landkreis Burgdorf die Gemeinden Arpke, Dolgen, Haimar, Harber, Immensen, Landwehr, Röhrse, Sievershausen (s. Wkr. 35), Landkreis Gifhorn ohne die Gemeinden Allersehl, Alt Isenhagen, Betzhorn, Blickwedel, Boitzenhagen, Bokel, Bottendorf, Darrigsdorf, Dedelstorf, Emmen, Erpensen, Eutzen, Gannerwinkel, Glüsing, Groß Oesingen, Hagen bei Knesebeck, Hagen bei Sprakensehl, Hankensbüttel, Kakerbeck, Knesebeck, Langwedel, Lingwedel, Lüben, Lüsche, Mahrenholz, Masel, Oerrel, Ohrdorf, Plastau, Rade, Räderloh, Repke, Schneflingen, Schönewörde, Schweimke, Sprakensehl, Steimke, Steinhorst, Stöcken, Suderwittingen, Teschendorf, Vorhop, Wagenhoff, Wahrenholz, Weddersehl, Wentorf, Wesendorf, Westerholz, Wettendorf, Wierstorf, Stadt Wittingen, Wollerstorf, Wunderbüttel, Zahrenholz, Zasenbeck (s. Wkr. 39), die Gemeinden Ahmstorf, Beienrode, Klein Steimke, Ochsendorf, Rennau, Rhode, Rottorf, Uhry (s. Wkr. 46), Landkreis Peine</p>

noch Anlage 3

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
41	Hameln — Springe	Landkreis Springe, Landkreis Hameln-Pyrmont ohne die Gemeinde Weenzen (s. Wkr. 42), vom Landkreis Holzminden die Gemeinden Brevörde, Heinsen, Flecken Ottenstein, Flecken Polle, Vahlbruch (s. Wkr. 42)
42	Holzminden	Landkreis Alfeld (Leine), vom Landkreis Gandersheim die Gemeinden Ammensen, Flecken Delligsen, Kaierde, Varrigsen (s. Wkr. 44), vom Landkreis Hameln-Pyrmont die Gemeinde Weenzen (s. Wkr. 41), Landkreis Holzminden ohne die Gemeinden Brevörde, Heinsen, Flecken Ottenstein, Flecken Polle, Vahlbruch (s. Wkr. 41), vom Landkreis Northeim die Gemeinden Stadt Dassel, Stadt Einbeck, (s. Wkr. 48)
43	Hildesheim	Kreisfreie Stadt Hildesheim, Landkreis Hildesheim-Marienburg
44	Salzgitter	Kreisfreie Stadt Salzgitter, Landkreis Gandersheim ohne die Gemeinden Ammensen, Flecken Delligsen, Kaierde, Varrigsen (s. Wkr. 42), vom Landkreis Goslar die Gemeinden Alt Wallmoden, Haverlah, Ostlutter, Steinlah (s. Wkr. 47), vom Landkreis Osterode am Harz die Gemeinden Badenhausen, Bergstadt Bad Grund (Harz), Eisdorf, Flecken Gittelde, Windhausen (s. Wkr. 48), vom Landkreis Wolfenbüttel die Gemeinden Baddeckenstedt, Berel, Binder, Burgdorf, Groß Elbe, Groß Heere, Gustedt, Hohenassel, Klein Elbe, Klein Heere, Nordassel, Oelber am weißen Wege, Rhene, Sehlde, Wartjenstedt, Westerlinde (s. Wkr. 47)
45	Braunschweig	Kreisfreie Stadt Braunschweig
46	Helmstedt — Wolfsburg	Kreisfreie Stadt Wolfsburg, Landkreis Helmstedt, Landkreis Braunschweig ohne die Gemeinden Alvesse, Bettmar, Bevenrode, Bienrode, Bodenstedt, Bortfeld, Denstorf, Dibbesdorf, Duttentstedt, Essinghausen, Fürstenau, Groß Gleidingen, Harvesse, Hondelage, Klein Gleidingen, Köchingen, Lehre, Liedingen, Meerdorf, Neubrück, Schapen, Sierße, Sonnenberg, Sophienthal, Thune, Vallstedt, Vechelade, Vechelde, Völkenrode, Volkmarode, Waggum, Wahle, Watenbüttel, Wedtlenstedt, Wendeburg, Wenden, Wierthe (s. Wkr. 40), vom Landkreis Gifhorn die Gemeinden Ahmstorf, Beienrode, Klein Steimke, Ochsendorf, Rennau, Rhode, Rottorf, Uhry (s. Wkr. 40)
47	Goslar — Wolfenbüttel	Landkreis Goslar ohne die Gemeinden Alt Wallmoden, Haverlah, Ostlutter, Steinlah, (s. Wkr. 44), die Gemeinden Bergstadt Altenau, Stadt Braunlage, Bergstadt Clausthal-Zellerfeld, Bergstadt Sankt Andreasberg, Schulenberg im Oberharz, Bergstadt Wildemann (s. Wkr. 48), Landkreis Wolfenbüttel ohne die Gemeinden Baddeckenstadt, Berel, Binder, Burgdorf, Große Elbe, Groß Heere, Gustedt, Hohenassel, Klein Elbe, Klein Heere, Nordassel, Oelber am weißen Wege, Rhene, Sehlde, Wartjenstedt, Westerlinde (s. Wkr. 44)

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
48	Northeim	<p>Vom Landkreis Goslar die Gemeinden Bergstadt Altenau, Stadt Braunlage, Bergstadt Clausthal-Zellerfeld, Bergstadt Sankt Andreasberg, Schulenberg im Oberharz, Bergstadt Wildemann (s. Wkr. 47),</p> <p>Landkreis Northeim ohne die Gemeinden Stadt Dassel, Stadt Einbeck (s. Wkr. 42),</p> <p>Landkreis Osterode am Harz ohne die Gemeinden Badenhausen, Bergstadt Bad Grund (Harz), Eisdorf, Flecken Gittelde, Windhausen (s. Wkr. 44)</p>
49	Göttingen	Landkreis Göttingen
Bremen		
50	Bremen-Ost	<p>Von der kreisfreien Stadt Bremen:</p> <p>der Stadtbezirk Ost,</p> <p>vom Stadtbezirk Mitte der Ortsteil Ostertor (s. Wkr. 51),</p> <p>vom Stadtbezirk Süd der Stadtteil Obervieland und vom Stadtteil Neustadt (Neustadt-Süd) der Ortsteil Huckelriede (s. Wkr. 51)</p>
51	Bremen-West	<p>Von der kreisfreien Stadt Bremen:</p> <p>der Stadtbezirk West,</p> <p>der Stadtbezirk Mitte ohne die Ortsteile Ostertor, Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven und vom Ortsteil Industriehäfen das Gebiet Klöcknerwerke (s. Wkr. 50, 52),</p> <p>der Stadtbezirk Süd ohne den Stadtteil Obervieland und vom Stadtteil Neustadt (Neustadt-Süd) den Ortsteil Huckelriede (s. Wkr. 50)</p>
52	Bremerhaven — Bremen-Nord	<p>Kreisfreie Stadt Bremerhaven,</p> <p>von der kreisfreien Stadt Bremen:</p> <p>der Stadtbezirk Nord,</p> <p>vom Stadtbezirk Mitte der Ortsteil Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven und vom Ortsteil Industriehäfen das Gelände Klöcknerwerke (s. Wkr. 51)</p>
Nordrhein-Westfalen		
53 123	Von Vorschlägen abgesehen (s. S. 13 f.)	
Hessen		
124	Kassel-Land	Landkreis Kassel
125	Kassel-Stadt	Kreisfreie Stadt Kassel
126	Waldeck	<p>Landkreis Waldeck-Frankenberg,</p> <p>vom Schwalm-Eder-Kreis die Gemeinden Edermünde, Felsberg, Fritzlar, Gudensberg, Guxhagen, Körle, Malsfeld, Melsungen, Moschen, Niedenstein, Spangenberg, Wabern (s. Wkr. 128)</p>

n o c h Anlage 3

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
127	Hersfeld	Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner-Kreis
128	Vogelsberg	Schwalm-Eder-Kreis ohne die Gemeinden Edermünde, Felsberg, Fritzlar, Gudensberg, Guxhagen, Körle, Malsfeld, Melsungen, Morschen, Niedenstein, Spangenberg, Wabern (s. Wkr. 126), Vogelsbergkreis
129	Marburg	Kreisfreie Stadt Marburg a. d. Lahn, Landkreise Biedenkopf, Marburg
130	Wetzlar	Dillkreis, Landkreis Wetzlar
131	Fulda	Kreisfreie Stadt Fulda, Landkreise Fulda, Schlüchtern
132	Gießen	Kreisfreie Stadt Gießen, Landkreis Gießen
133	Limburg	Landkreis Limburg, Oberlahnkreis, Rheingaukreis, Untertaunuskreis
134	Wetterau	Wetteraukreis
135	Hanau	Kreisfreie Stadt Hanau, Landkreise Gelnhausen, Hanau
136	Hochtaunus	Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis ohne die Gemeinden Flörsheim, Hattersheim, Hochheim a. M., Hofheim a. Ts., Kriftel, Massenheim (s. Wkr. 141)
137	Frankfurt I	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main sämtliche Bezirke südlich des Mains (Goldstein, Niederrad, Oberrad, Sachsenhausen, Schwanheim), Stadtbezirke 1 bis 9 (Altstadt, Innenstadt, Bahnhofsviertel), 15, 16 I, 16 II, 16 IV und 16 V (Gutleut-, Gallusviertel) und westliche Vorortbezirke 54 und 55 (Griesheim), 56 (Nied), 57 bis 59 (Höchst), 60 (Sindlingen), 61 (Zeilsheim), 62 (Unterliederbach), 63 (Sossenheim)
138	Frankfurt II	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Stadtbezirke 10, 11, 17 bis 19 (Westend), 16 III, 34 bis 36 (Bockenheim), 40 (Rödelheim), 41 (Hausen), 42 (Praunheim mit Siedlung), 43 (Heddernheim), 44 I (Ginnheim), 44 II, 46 II, und 46 III (Dornbusch), 45 (Eschersheim), 46 (Eckenheim), 47 (Preungesheim), 48 (Niederursel), 49 I (Bonames), 49 II (Siedlung Frankfurter Berg), 50 (Berkersheim), 64 (Nieder-Erlenbach), 65 (Kalbach), 66 (Harheim), 67 (Nieder-Eschbach)
139	Frankfurt III — Offenbach-Stadt	Von der Kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Stadtbezirke 12, 13, 20 bis 24 (Nordend), 14, 25 (Ostend), 26 I (Osthafengebiet und Ostpark), 26 II (Riederwald), 27 bis 29 (Bornheim), 39 (Seckbach), 51 und 52 (Fechenheim), Kreisfreie Stadt Offenbach
140	Wiesbaden	Kreisfreie Stadt Wiesbaden

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
141	Groß-Gerau	Landkreis Groß-Gerau, vom Main-Taunus-Kreis die Gemeinden Flörsheim, Hattersheim, Hochheim a. M., Hofheim a. Ts., Kriftel, Massenheim (s. Wkr. 136)
142	Offenbach-Land	Landkreis Offenbach
143	Odenwald	Landkreis Dieburg, Odenwaldkreis o h n e die Gemeinde Rothenberg (s. Wkr. 145)
144	Darmstadt	Kreisfreie Stadt Darmstadt, Landkreis Darmstadt
145	Bergstraße	Landkreis, Bergstraße, vom Odenwaldkreis die Gemeinde Rothenberg (s. Wkr. 143)
Rheinland-Pfalz		
146	Neuwied	Landkreise Altenkirchen (Westerwald), Neuwied
147	Ahrweiler	Landkreis Ahrweiler, Landkreis Mayen-Koblenz o h n e die verbandsfreie Gemeinde Bendorf sowie die Gemeinden Brey, Rhens, Spay, Waldesch (= Verbandsgemeinde Rhens), Alken, Brodenbach, Burgen, Dieblich, Hatzenport, Katenes, Kobern-Gondorf, Lehmen, Löf, Macken, Moselsürsch, Niederfell, Nörtershausen, Oberfell, Winnigen, Wolken (= Verbandsgemeinde Untermosel), Niederwerth, Urbar, Vallendar, Weitersburg (= Verbandsgemeinde Vallendar), Bassenheim, Kaltenengers, Kettig, Mülheim-Kärlich, Sankt Sebastian, Urmitz, Weißenthurm (= Verbandsgemeinde Weißenthurm) (s. Wkr. 148)
148	Koblenz	Kreisfreie Stadt Koblenz, vom Landkreis Mayen-Koblenz die verbandsfreie Gemeinde Bendorf sowie die Gemeinden Brey, Rhens, Spay, Waldesch (= Verbandsgemeinde Rhens), Alken, Brodenbach, Burgen, Dieblich, Hatzenport, Katenes, Kobern-Gondorf, Lehmen, Löf, Macken, Moselsürsch, Niederfell, Nörtershausen, Oberfell, Winnigen, Wolken, (= Verbandsgemeinde Untermosel), Niederwerth, Urbar, Vallendar, Weitersburg (= Verbandsgemeinde Vallendar), Bassenheim, Kaltenengers, Kettig, Mülheim-Kärlich, Sankt Sebastian, Urmitz, Weißenthurm (= Verbandsgemeinde Weißenthurm) (s. Wkr. 147), vom Rhein-Hunsrück-Kreis die Gemeinden Bad Salzig, Boppard, Buchholz, Herschwiesen, Hirzenach, Holzfeld, Oppenhausen, Rheinbay, Udenhausen, Weiler (= Verbandsgemeinde Boppard), Badenhard, Beulich, Bickenbach, Birkheim, Dörth, Emmelshausen, Gondershausen, Halsenbach, Hausbay, Hungenroth, Karbach, Kratzenburg, Leiningen-Lamscheid, Lingerhahn, Maisborn, Mermuth, Morshausen, Mühlpad, Ney, Niedert, Norath, Pfalzfeld, Schwall, Thörlingen, Utzenhain (= Verbandsgemeinde Emmelshausen), Damscheid, Langscheid, Laudert, Niederburg, Oberwesel, Perscheid, Sankt Goar, Urbar, Wiebelsheim (= Verbandsgemeinde Sankt Goar-Oberwesel) (s. Wkr. 149)

noch Anlage 3

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
149	Cochem	<p>Landkreis Cochem-Zell,</p> <p>vom Landkreis Bernkastel-Wittlich die Gemeinden Bernkastel-Kues, Brauneberg, Burgen, Emmeroth, Erden, Fronhofen bei Bernkastel-Kues, Götzeroth, Gornhausen, Graach an der Mosel, Hochscheid, Ilsbach, Kesten, Kleinich, Kommen, Lieser, Löslich, Longkamp, Maring-Noviant, Monzelfeld, Mülheim (Mosel), Oberkleinich, Pilmeroth, Urzig, Velden, Wintrich, Zeltingen-Rachtig (= Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues), Bischofsdhron, Elzerath, Gonzerath, Gutenthal, Haag, Heinzerath, Hinzerath, Hoxel, Hundheim, Hunolstein, Merscheid, Morbach, Morscheid-Riedenburg, Odert, Rapperath, Wederath, Weiperath, Wenigerath, Wolzburg (= Verbandsgemeinde Morbach), Minheim, Neumagen-Dhron, Piesport, Trittenheim (= Verbandsgemeinde Neumagen-Dhron), Berglicht, Breit, Büdlich, Burtscheid, Deuselbach, Dhronen, Egtert, Gielert, Gräfenhdron, Heidenburg, Hilscheid, Horath, Immert, Lückenburg, Malborn, Mersbach, Neunkirchen, Rorodt, Schönberg, Talling, Thalfang (= Verbandsgemeinde Thalfang), Beuren, Burg (Mosel), Enkirch, Irmenach, Lötzbeuren, Starckenburg, Traben-Trarbach (= Verbandsgemeinde Traben-Trarbach) (s. Wkr. 151),</p> <p>Rhein-Hunsrück-Kreis ohne die Gemeinden Bad Salzig, Boppard, Buchholz, Herschwielen, Hirzenach, Holzfeld, Oppenhausen, Rheinbay, Udenhausen, Weiler (= Verbandsgemeinde Boppard), Badenhard, Beulich, Bickenbach, Birkheim, Dörth, Emmelshausen, Gondershausen, Halsenbach, Hausbay, Hungenroth, Karbach, Kratzenburg, Leiningen-Lamscheid, Lingerhahn, Maisborn, Mermuth, Morshausen, Mühlpfad, Ney, Niedert, Norath, Pfalzfeld, Schwall, Thörlingen, Utzenhain (= Verbandsgemeinde Emmelshausen), Damscheid, Langscheid, Laudert, Niederburg, Oberwesel, Perscheid, Sankt Goar, Urbar, Wiebelsheim (= Verbandsgemeinde Sankt Goar-Oberwesel) (s. Wkr. 148)</p>
150	Kreuznach	Landkreise Bad Kreuznach, Birkenfeld
151	Bitburg	<p>Landkreise Bitburg-Prüm, Daun,</p> <p>Landkreis Bernkastel-Wittlich ohne die Gemeinden Bernkastel-Kues, Brauneberg, Burgen, Emmeroth, Erden, Fronhofen bei Bernkastel-Kues, Götzeroth, Gornhausen, Graach an der Mosel, Hochscheid, Ilsbach, Kesten, Kleinich, Kommen, Lieser, Löslich, Longkamp, Maring-Noviant, Monzelfeld, Mülheim (Mosel), Oberkleinich, Pilmeroth, Urzig, Velden, Wintrich, Zeltingen-Rachtig (= Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues), Bischofsdhron, Elzerath, Gonzerath, Gutenthal, Haag, Heinzerath, Hinzerath, Hoxel, Hundheim, Hunolstein, Merscheid, Morbach, Morscheid-Riedenburg, Odert, Rapperath, Wederath, Weiperath, Wenigerath, Wolzburg (= Verbandsgemeinde Morbach), Minheim, Neumagen-Dhron, Piesport, Trittenheim (= Verbandsgemeinde Neumagen-Dhron), Berglicht, Breit, Büdlich, Burtscheid, Deuselbach, Dhronen, Egtert, Gielert, Gräfenhdron, Heidenburg, Hilscheid, Horath, Immert, Lückenburg, Malborn, Mersbach, Neunkirchen, Rorodt, Schönberg, Talling, Thalfang (= Verbandsgemeinde Thalfang), Beuren, Burg (Mosel), Enkirch, Irmenach, Lötzbeuren, Starckenburg, Traben-Trarbach (= Verbandsgemeinde Traben-Trarbach) (s. Wkr. 149)</p>
152	Trier	<p>Kreisfreie Stadt Trier,</p> <p>Landkreis Trier-Saarburg</p>
153	Montabaur	Rhein-Lahn-Kreis, Landkreis Westerwald

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
154	Mainz	<p>Kreisfreie Stadt Mainz,</p> <p>Landkreis Mainz-Bingen ohne die Gemeinden Bodenheim, Gau-Bischofsheim, Harxheim, Lörzweiler, Nackenheim (= Verbandsgemeinde Bodenheim), Dolgesheim, Dorn-Dürkheim, Eimsheim, Guntersblum, Hillesheim, Ludwigshöhe, Uelversheim, Weinolsheim, Wintersheim (= Verbandsgemeinde Guntersblum), Dalheim, Dexheim, Dienheim, Friesenheim, Hahnheim, Köngernheim, Mommenheim, Nierstein, Oppenheim, Selzen, Undenheim (= Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim) (s. Wkr. 155)</p>
155	Worms	<p>Kreisfreie Stadt Worms,</p> <p>Landkreis Alzey-Worms,</p> <p>vom Landkreis Mainz-Bingen die Gemeinden Bodenheim, Gau-Bischofsheim, Harxheim, Lörzweiler, Nackenheim (= Verbandsgemeinde Bodenheim), Dolgesheim, Dorn-Dürkheim, Eimsheim, Guntersblum, Hillesheim, Ludwigshöhe, Uelversheim, Weinolsheim, Wintersheim (= Verbandsgemeinde Guntersblum), Dalheim, Dexheim, Dienheim, Friesenheim, Hahnheim, Köngernheim, Mommenheim, Nierstein, Oppenheim, Selzen, Undenheim (= Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim) (s. Wkr. 154)</p>
156	Frankenthal	<p>Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz),</p> <p>Donnersbergkreis,</p> <p>vom Landkreis Bad Dürkheim die verbandsfreie Gemeinde Grünstadt sowie die Gemeinden Battenberg (Pfalz), Bissersheim, Bockenheim an der Weinstraße, Dirmstein, Ebertsheim, Gerolsheim, Großkarlbach, Kindenheim, Kirchheim an der Weinstraße, Kleinkarlbach, Laumersheim, Mertesheim, Neuleiningen, Obersülzen, Obrigheim (Pfalz), Quirnheim (= Verbandsgemeinde Grünstadt-Land), Altleiningen, Carlsberg, Hettenleidelheim, Tiefenthal, Wattenheim (= Verbandsgemeinde Hettenleidelheim) (s. Wkr. 158),</p> <p>vom Landkreis Ludwigshafen am Rhein die verbandsfreien Gemeinden Bobenheim-Roxheim, Lambsheim sowie die Gemeinden Beindersheim, Großniedesheim, Heßheim, Heuchelheim b. Frankenthal, Kleinniedesheim (= Verbandsgemeinde Heßheim), Birkenheide, Fußgönheim, Maxdorf (= Verbandsgemeinde Maxdorf) (s. Wkr. 157, 158)</p>
157	Ludwigshafen	<p>Kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein,</p> <p>vom Landkreis Ludwigshafen am Rhein die verbandsfreien Gemeinden Altrip, Böhl-Iggelheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhofen, sowie die Gemeinden Dannstadt-Schauernheim, Hochdorf-Assenheim, Rödersheim-Gronau (= Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim) (s. Wkr. 156, 158)</p>
158	Neustadt-Speyer	<p>Kreisfreie Städte Neustadt an der Weinstraße, Speyer,</p> <p>Landkreis Bad Dürkheim ohne die verbandsfreie Gemeinde Grünstadt sowie die Gemeinden Battenberg (Pfalz), Bissersheim, Bockenheim an der Weinstraße, Dirmstein, Ebertsheim, Gerolsheim, Großkarlbach, Kindenheim, Kirchheim an der Weinstraße, Kleinkarlbach, Laumersheim, Mertesheim, Neuleiningen, Obersülzen, Obrigheim (Pfalz), Quirnheim (= Verbandsgemeinde Grünstadt-Land), Altleiningen, Carlsberg, Hettenleidelheim, Tiefenthal, Wattenheim (= Verbandsgemeinde Hettenleidelheim) (s. Wkr. 156),</p> <p>vom Landkreis Ludwigshafen am Rhein die verbandsfreien Gemeinden Römerberg, Schifferstadt sowie die Gemeinden Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen (= Verbandsgemeinde Dudenhofen), Otterstadt, Waldsee (= Verbandsgemeinde Waldsee) (s. Wkr. 156, 157)</p>

n o c h Anlage 3

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
159	Kaiserslautern	Kreisfreie Stadt Kaiserslautern, Landkreise Kaiserslautern, Kusel
160	Pirmasens	Kreisfreie Städte Pirmasens, Zweibrücken, Landkreis Pirmasens
161	Landau	Kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz, Landkreise Germersheim, Landau-Bad Bergzabern
Baden-Württemberg		
162	Stuttgart-Süd	Vom Stadtkreis Stuttgart die Stadtbezirke Stuttgart-Mitte, Stuttgart-Nord, Stuttgart-West, Stuttgart-Süd mit Kaltental, Birkach mit Schönberg, Degerloch mit Hoffeld, Hedelfingen mit Lederberg und Rohacker, Möhringen mit Fasanenhof und Sonnenberg, Plieningen mit Asemwald, Hohenheim und Steckfeld, Sillenbuch mit Heumaden und Riedenberg, Vaihingen mit Büsnau, Dürtlewang und Rohr
163	Stuttgart-Nord	Vom Stadtkreis Stuttgart die Stadtbezirke Stuttgart-Ost mit Frauenkopf, Bad Cannstadt (einschl. Burgholz Hof) mit Sommerrain und Steinhaldenfeld, Botnang, Feuerbach, Mühlhausen mit Freiberg, Hofen, Mönchfeld und Neugereut, Münster, Obertürkheim mit Uhlbach, Stammheim, Untertürkheim mit Luginsland und Rotenberg, Wangen, Weilimdorf mit Bergheim, Giebel, Hausen und Wolfbusch, Zuffenhausen mit Neuwirtshaus, Rot und Zazenhausen
164	Waiblingen	Rems-Murr-Kreis o h n e die Gemeinden Alfdorf, Allmersbach im Tal, Althütte, Aspach, Auenwald, Backnang, Burgstetten, Grab, Großerlach, Kaisersbach, Kirchberg an der Murr, Murrhardt, Oppenweiler, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Weissach im Tal, Welzheim (s. Wkr. 165)
165	Backnang — Schwäbisch Gmünd	Vom Ostalbkreis die Gemeinden Abtsgmünd, Bartholomä, Böbingen an der Rems, Durlangen, Eschach, Göggingen, Gschwend, Heubach, Heuchlingen, Iggingen, Leinzell, Lorch, Möggingen, Mutlangen, Obergröningen, Rechberg, Ruppertshofen, Schechingen, Schäbisch Gmünd, Spraitbach, Täferrot, Waldstetten (s. Wkr. 166), vom Rems-Murr-Kreis die Gemeinden Alfdorf, Allmersbach im Tal, Althütte, Aspach, Auenwald, Backnang, Burgstetten, Grab, Großerlach, Kaisersbach, Kirchberg an der Murr, Murrhardt, Oppenweiler, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Weissach im Tal, Welzheim (s. Wkr. 164)
166	Aalen — Heidenheim	Landkreis Heidenheim, Ostalbkreis o h n e die Gemeinden Abtsgmünd, Bartholomä, Böbingen an der Rems, Durlangen, Eschach, Göggingen, Gschwend, Heubach, Heuchlingen, Iggingen, Leinzell, Lorch, Möggingen, Mutlangen, Obergröningen, Rechberg, Ruppertshofen, Schechingen, Schwäbisch Gmünd, Spraitbach, Täferrot, Waldstetten (s. Wkr. 165), Rechenberg, Stimpfach (s. Wkr. 174)
167	Göppingen	Landkreis Göppingen

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
168	Eßlingen	Vom Landkreis Eßlingen die Gemeinden Aichelberg, Aichschieß, Altbach, Baltmannsweiler, Berkheim, Deizisau, Denkersdorf, Esslingen am Neckar, Hochdorf, Hohengehren, Kemnat, Köngen, Lichtenwald, Nellingen auf den Fildern, Neuhausen aus den Fildern, Plochingen, Reichenbach, Baltmannsweiler, Berkheim, Deizisau, Denkersdorf, Esslingen am Neckar, Wernau (Neckar), Zell am Neckar (s. Wkr. 169)
169	Nürtingen	Landkreis Eßlingen ohne die Gemeinden Aichelberg, Aichschieß, Altbach, Baltmannsweiler, Berkheim, Deizisau, Denkersdorf, Eßlingen am Neckar, Hochdorf, Hohengehren, Kemnat, Köngen, Lichtenwald, Nellingen auf den Fildern, Neuhausen auf den Fildern, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Ruit auf den Fildern, Schanbach, Scharnhausen, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar), Zell am Neckar (s. Wkr. 168), vom Landkreis Böblingen die Gemeinden Leinfelden, Musberg (s. Wkr. 170)
170	Böblingen	Landkreis Böblingen ohne die Gemeinden Leinfelden, Musberg (s. Wkr. 169)
171	Ludwigsburg	Landkreis Ludwigsburg ohne die Gemeinden Affalterbach, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim, Bissingen an der Enz, Bönningheim, Erdmannshausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Großbottwar, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Marbach am Neckar, Mundelsheim, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Sachsenheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Walheim (s. Wkr. 172)
172	Marbach — Eppingen	Vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Abstatt, Auenstein, Bad Rappenau, Beilstein, Bonfeld, Brackenheim, Burgbronn, Cleeborn, Eibensbach, Eppingen, Flein, Gemmingen, Güglingen, Hausen an der Zaber, Ilsfeld, Ittlingen, Kirchart, Lauffen am Neckar, Leingarten, Massenbachhausen, Neckarwestheim, Neipperg, Nordhausen, Nordheim, Pfaffenhofen, Schwaigern, Siegelsbach, Stebbach, Stockheim, Talheim, Untergruppenbach, Unterhainriet, Zaberfeld (s. Wkr. 173), vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Affalterbach, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim, Bissingen an der Enz, Bönningheim, Erdmannshausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Großbottwar, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Marbach am Neckar, Mundelsheim, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Sachsenheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Walheim (s. Wkr. 171)
173	Heilbronn	Stadtkreis Heilbronn, Landkreis Heilbronn ohne die Gemeinden Abstatt, Auenstein, Bad Rappenau, Beilstein, Bonfeld, Brackenheim, Burgbronn, Cleeborn, Eibensbach, Eppingen, Flein, Gemmingen, Güglingen, Hausen an der Zaber, Ilsfeld, Ittlingen, Kirchart, Lauffen am Neckar, Leingarten, Massenbachhausen, Neckarwestheim, Neipperg, Nordhausen, Nordheim, Pfaffenhofen, Schwaigern, Siegelsbach, Stebbach, Stockheim, Talheim, Untergruppenbach, Unterhainriet, Zaberfeld (s. Wkr. 172)
174	Schwäbisch Hall — Künzelsau	Hohenlohekreis, Landkreis Schwäbisch Hall, vom Ostalbkreis die Gemeinden Rechenberg, Stimpfach (s. Wkr. 166)
175	Mosbach — Tauberbischofsheim	Odenwaldkreis, Tauberkreis

noch Anlage 3

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
176	Mannheim-West	Stadtkreis Mannheim ohne die Stadtteile Almenhof-Niederfeld, Casterfeld, Feudenheim, Friedrichsfeld, Hochstätt, Neckarau, Neuhermsheim, Neuostheim, Oststadt, Pfingstberg, Rheinau, Seckenheim, Wohlgelegen (s. Wkr. 177)
177	Mannheim-Ost	Vom Stadtkreis Mannheim die Stadtteile Almenhof-Niederfeld, Casterfeld, Feudenheim, Friedrichsfeld, Hochstätt, Neckarau, Neuhermsheim, Neuostheim, Oststadt, Pfingstberg, Rheinau, Seckenheim, Wohlgelegen (s. Wkr. 176), vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Edingen, Großsachsen, Heddesheim, Hemsbach, Ilvesheim, Ladenburg, Laudenbach, Leutershausen an der Bergstraße, Neckarhausen, Schriesheim, Weinheim (s. Wkr. 179)
178	Heidelberg	Stadtkreis Heidelberg, vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Altlußheim, Brühl, Dossenheim, Eppelheim, Hockenheim, Ketsch, Neulußheim, Oftersheim, Plankstadt, Reilingen, Schwetzingen, Ziegelhausen (s. Wkr. 179)
179	Sinsheim — Wiesloch	Rhein-Neckar-Kreis ohne die Gemeinden Edingen, Großsachsen, Heddesheim, Hemsbach, Ilvesheim, Ladenburg, Laudenbach, Leutershausen an der Bergstraße, Neckarhausen, Schriesheim, Weinheim (s. Wkr. 177), Altlußheim, Brühl, Dossenheim, Eppelheim, Hockenheim, Ketsch, Neulußheim, Oftersheim, Plankstadt, Reilingen, Schwetzingen, Ziegelhausen (s. Wkr. 178)
180	Bruchsal	Landkreis Karlsruhe ohne die Gemeinden Blankenloch, Görtzingen, Neureut (Baden), Wettersbach (s. Wkr. 181), Karlsbad, Marxzell, Reichenbach (s. Wkr. 182), Bruchhausen, Ettlingen, Ettlingenweier, Forchheim, Malsch, Mörsch, Neuburgweier, Oberweier, Schluttenbach, Schöllbronn (s. Wkr. 183)
181	Karlsruhe	Stadtkreis Karlsruhe, vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Blankenloch, Grötzingen, Neureut (Baden), Wettersbach (s. Wkr. 180)
182	Pforzheim	Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis, vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Karlsbad, Marxzell, Reichenbach (s. Wkr. 180)
183	Rastatt	Stadtkreis Baden-Baden, Landkreis Rastatt, vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Bruchhausen, Ettlingen, Ettlingenweier, Forchheim, Malsch, Mörsch, Neuburgweier, Oberweier, Schluttenbach, Schöllbronn (s. Wkr. 180)
184	Calw — Freudenstadt	Landkreis Calw, Landkreis Freudenstadt ohne die Gemeinde Busenweiler (s. Wkr. 192)

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
185	Offenburg	Ortenaukreis ohne die Gemeinden Altdorf, Dörlinbach, Ettenheim, Fischerbach, Friesenheim, Grafenhausen, Gutach (Schwarzwaldbahn), Haslach im Kinzigtal, Hausach, Hofstetten, Hornberg, Kappel am Rhein, Kippenheim, Kirnbach, Lahr, Mahlberg, Meißenheim, Mühlenbach, Oberwolfach, Reichenbach (fr. Landkreis Wolfach), Ringsheim, Rust, Schuttern, Schuttertal, Schwanau, Schweighausen, Seelbach, Steinach, Wittelbach, Wolfach (s. Wkr. 186)
186	Emmendingen — Lahr	Landkreis Emmendingen, vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Kiechlinsbergen, Leiselheim (s. Wkr. 187), vom Ortenaukreis die Gemeinden Altdorf, Dörlinbach, Ettenheim, Fischerbach, Friesenheim, Grafenhausen, Gutach (Schwarzwaldbahn), Haslach im Kinzigtal, Hausach, Hofstetten, Hornberg, Kappel am Rhein, Kippenheim, Kirnbach, Lahr, Mahlberg, Meißenheim, Mühlenbach, Oberwolfach, Reichenbach (fr. Landkreis Wolfach), Ringsheim, Rust, Schuttern, Schuttertal, Schwanau, Schweighausen, Seelbach, Steinach, Wittelbach, Wolfach (s. Wkr. 185)
187	Freiburg	Stadtkreis Freiburg, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ohne die Gemeinden Kiechlinsbergen, Leiselheim (s. Wkr. 186), Auggen, Badenweiler, Bad Krozingen, Ballrechten-Dottingen, Bollschweil, Bremgarten, Britzingen, Buggingen, Ehrenkirchen, Eschbach (fr. Landkreis Müllheim), Grißheim, Grunern, Hartheim, Heitersheim, Hügelheim, Laufen, Lipburg, Müllheim, Münstertal/Schwarzwald, Neuenburg, Norsingen, Offnadingen, Sankt Ulrich, Scherzingen, Schweighof, Seefeld, Staufen im Breisgau Steinenstadt, Sulzburg, Tunsel (s. Wkr. 188), Bachheim, Blasiwald, Breitnau, Buchenbach, Burg, Dittishausen, Eisenbach, Eschbach im Schwarzwald, Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Glottertal, Hinterzarten, Hofgrund, Kappel (fr. Landkreis Hochschwarzwald), Kirchzarten, Langenordnach, Lenzkirch, Löffingen, Oberried, Reisingen, Röttenbach, Saig, Sankt Märgen, Sankt Peter, Sankt Wilhelm, Schluchsee, Schollach, Stegen, Titisee-Neustadt, Unadingen, Unteribental, Wittental, Zarten Zastler (s. Wkr. 189)
188	Lörrach	Landkreis Lörrach, vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Auggen, Badenweiler, Bad Krozingen, Ballrechten-Dottingen, Bollschweil, Bremgarten, Britzingen, Buggingen, Ehrenkirchen, Eschbach (fr. Landkreis Müllheim), Grißheim, Grunern, Hartheim, Heitersheim, Hügelheim, Laufen, Lipburg, Müllheim, Münstertal/Schwarzwald, Neuenburg, Norsingen, Offnadingen, Sankt Ulrich, Scherzingen, Schweighof, Seefeld, Staufen im Breisgau, Steinenstadt, Sulzburg, Tunsel (s. Wkr. 187)
189	Waldshut	Landkreis Waldshut, vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Bachheim, Blasiwald, Breitnau, Buchenbach, Burg, Dittishausen, Eisenbach, Eschbach im Schwarzwald, Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Glottertal, Hinterzarten, Hofgrund, Kappel (fr. Landkreis Hochschwarzwald), Kirchzarten, Langenordnach, Lenzkirch, Löffingen, Oberried, Reisingen, Röttenbach, Saig, Sankt Märgen, Sankt Peter, Sankt Wilhelm, Schluchsee, Schollach, Stegen, Titisee-Neustadt, Unadingen, Unteribental, Wittental, Zarten, Zastler (s. Wkr. 187)

n o c h Anlage 3

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
190	Villingen-Schwenningen	Schwarzwald-Baar-Kreis o h n e die Gemeinde Deißlingen (s. Wkr. 192)
191	Rottweil — Tuttlingen	Landkreise Rottweil, Tuttlingen, vom Landkreis Freudenstadt die Gemeinde Busenweiler (s. Wkr. 184), vom Schwarzwald-Baar-Kreis die Gemeinde Deißlingen (s. Wkr. 190)
192	Konstanz	Landkreis Konstanz
193	Sigmaringen	Landkreis Sigmaringen, vom Zollernalbkreis die Gemeinden Benzingen, Bitz, Burladingen, Ebingen, Gauselfingen, Harthausen auf der Scher, Hartheim, Meßstetten, Nusplingen, Oberdigisheim, Obernheim, Onstmettingen, Pfeffingen, Ringingen, Straßberg, Tailfingen, Tieringen, Winterlingen (s. Wkr. 194)
194	Tübingen	Landkreis Tübingen, Zollernalbkreis o h n e die Gemeinden Benzingen, Bitz, Burladingen, Ebingen, Gauselfingen, Harthausen auf der Scher, Hartheim, Meßstetten, Nusplingen, Oberdigisheim, Obernheim, Onstmettingen, Pfeffingen, Ringingen, Straßberg, Tailfingen, Tieringen, Winterlingen (s. Wkr. 193)
195	Reutlingen	Landkreis Reutlingen
196	Ulm	Stadtkreis Ulm, Alb-Donau-Kreis
197	Biberach — Wangen	Landkreis Biberach, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Achberg, Aichstetten, Aitrach, Amtzell, Argenbühl, Bad Waldsee, Bad Wurzach, Bergatreute, Haisterkirch, Isny, Kißlegg, Leutkirch, Michelwinnaden, Seibranz, Unterschwarzach, Vogt, Wangen im Allgäu, Wolfegg (s. Wkr. 198)
198	Friedrichshafen — Ravensburg	Bodenseekreis, Landkreis Ravensburg o h n e die Gemeinden Achberg, Aichstetten, Aitrach, Amtzell, Argenbühl, Bad Waldsee, Bad Wurzach, Bergatreute, Haisterkirch, Isny, Kißlegg, Leutkirch, Michelwinnaden, Seibranz, Unterschwarzach, Vogt, Wangen im Allgäu, Wolfegg (s. Wkr. 197)
Bayern		
199	Altötting	Landkreise Altötting, Erding, Mühldorf a. Inn
200	Bad Tölz	Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach
201	Freising	Landkreise Dachau, Freising, Pfaffenhofen a. d. Ilm
202	Fürstenfeldbruck	Landkreise Fürstenfeldbruck, Landsberg a. Lech
203	Ingolstadt	Kreisfreie Stadt Ingolstadt, Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
204	München-Mitte	Von der kreisfreien Stadt München: die Stadtbezirke 1, 5 bis 14, 16, 21, 26
205	München-Nord	Von der kreisfreien Stadt München: die Stadtbezirke 22, 27, 28, 33
206	München-Ost	Von der kreisfreien Stadt München: die Stadtbezirke 17, 29 bis 32
207	München-Süd	Von der kreisfreien Stadt München: die Stadtbezirke 18, 19, 24, 34, 36, 41
208	München-West	Von der kreisfreien Stadt München: die Stadtbezirke 20, 23, 25, 35, 37 bis 40
209	München-Land	Landkreise Ebersberg, München
210	Rosenheim	Kreisfreie Stadt Rosenheim, Landkreis Rosenheim
211	Traunstein	Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein
212	Weilheim	Landkreise Starnberg, Weilheim-Schongau
213	Deggendorf	Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau
214	Landshut	Kreisfreie Stadt Landshut, Landkreise Kelheim, Landshut
215	Passau	Kreisfreie Stadt Passau, Landkreis Passau
216	Rottal-Inn	Landkreise Dingolfing-Landau, Rottal-Inn
217	Straubing	Kreisfreie Stadt Straubing, Landkreise Regen, Straubing-Bogen
218	Amberg	Kreisfreie Stadt Amberg, Landkreise Amberg-Sulzbach, Neumarkt i. d. OPf.
219	Regensburg	Kreisfreie Stadt Regensburg, Landkreis Regensburg
220	Schwandorf	Landkreise Cham, Schwandorf
221	Weiden	Kreisfreie Stadt Weiden i. d. OPf., Landkreise Neustadt a. d. Waldnaab, Tirschenreuth
222	Bamberg	Kreisfreie Stadt Bamberg, Landkreis Bamberg

n o c h Anlage 3

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
223	Bayreuth	Kreisfreie Stadt Bayreuth, Landkreis Bayreuth o h n e die Gemeinden Aufseß, Breitenlesau, Hochstahl, Hollfeld, Krögelstein, Neuhaus, Plankenfels, Waischenfeld (s. Wkr. 226), Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge
224	Coburg	Kreisfreie Stadt Coburg, Landkreise Coburg, Kronach
225	Hof	Kreisfreie Stadt Hof, Landkreis Hof
226	Kulmbach	Vom Landkreis Bayreuth die Gemeinden Aufseß, Breitenlesau, Hochstahl, Hollfeld, Krögelstein, Neuhaus, Plankenfels, Waischenfeld (s. Wkr. 223), Landkreise Forchheim, Kulmbach, Lichtenfels
227	Ansbach	Kreisfreie Stadt Ansbach, Landkreise Ansbach, Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim
228	Nürnberger Land	Landkreise Erlangen-Höchstadt, Nürnberger Land
229	Fürth	Kreisfreie Städte Erlangen, Fürth, Landkreis Fürth
230	Nürnberg-Nord	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg: die Bezirke 01 bis 09, 22 bis 29, 64, 65, 70 bis 87, 90 bis 97
231	Nürnberg-Süd	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg: die Bezirke 10 bis 21, 30 bis 38, 40 bis 55, 60 bis 63
232	Roth	Kreisfreie Stadt Schwabach, Landkreise Roth, Weißenburg-Gunzenhausen
233	Aschaffenburg	Kreisfreie Stadt Aschaffenburg, Landkreis Aschaffenburg
234	Bad Kissingen	Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld
235	Main-Spessart	Landkreise Main-Spessart, Miltenberg
236	Schweinfurt	Kreisfreie Stadt Schweinfurt, Landkreise Kitzingen, Schweinfurt
237	Würzburg	Kreisfreie Stadt Würzburg, Landkreis Würzburg
238	Augsburg-Stadt	Kreisfreie Stadt Augsburg
239	Augsburg-Land	Landkreise Aichach-Friedberg, Augsburg

Nr. des Wahlkreises	Name des Wahlkreises	Gebiet des Wahlkreises
240	Donau-Ries	Landkreise Dillingen a. d. Donau, Donau-Ries
241	Neu-Ulm	Landkreise Günzburg, Neu-Ulm
242	Oberallgäu	Kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu), Landkreise Lindau (Bodensee), Oberallgäu
243	Unterallgäu	Kreisfreie Städte Kaufbeuren, Memmingen, Landkreise Ostallgäu, Unterallgäu
Saarland		
244	Saarbrücken-Stadt	Kreisfreie Stadt Saarbrücken, vom Landkreis Saarbrücken die amtsfreie Gemeinde Dudweiler sowie die Gemeinden Bischmisheim, Bliesransbach, Brebach-Fechingen, Bübingen, Güdingen, Rentrisch, Schafbrücke, Scheidt (= Amt Brebach), Auersmacher, Kleinblittersdorf, Rilchingen-Hanweiler, Sitterswald (= Amt Kleinblittersdorf), Riegelsberg, Walpershofen (= Amt Riegelsberg) (s. Wkr. 245)
245	Saarbrücken-Land	Landkreis Saarbrücken o h n e die amtsfreie Gemeinde Dudweiler sowie die Gemeinden Bischmisheim, Bliesransbach, Brebach-Fechingen, Bübingen, Güdingen, Rentrisch, Schafbrücke, Scheidt (= Amt Brebach), Auersmacher, Kleinblittersdorf, Rilchingen-Hanweiler, Sitterswald (= Amt Kleinblittersdorf), Riegelsberg, Walpershofen (= Amt Riegelsberg) (s. Wkr. 244), vom Landkreis Saarlouis die amtsfreie Gemeinde Schwalbach/Saar sowie die Gemeinden Bous/Saar, Elm/Saar (= Amt Bous/Saar), Differten, Hostenbach, Schaffhausen, Wadgassen, Werbeln (= Amt Wadgassen) (s. Wkr. 246)
246	Saarlouis	Landkreis Merzig-Wadern, Landkreis Saarlouis o h n e die amtsfreie Gemeinde Schwalbach/Saar sowie die Gemeinden Bous/Saar, Elm/Saar (= Amt Bous/Saar), Differten, Hostenbach, Schaffhausen, Wadgassen, Werbeln (= Amt Wadgassen) (s. Wkr. 245), Eidenborn, Falscheid, Knorscheid, Landsweiler bei Lebach, Lebach, Niedersaubach, Primsweiler (= Amt Lebach), Dorf, Gresaubach, Hüttersdorf, Limbach (Kreis Saarlouis), Schmelz (= Amt Schmelz) (s. Wkr. 247)
247	Ottweiler	Landkreis Ottweiler o h n e die amtsfreien Gemeinden Elversberg, Neunkirchen/Saar, Spiesen (s. Wkr. 248), vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Eidenborn, Falscheid, Knorscheid, Landsweiler bei Lebach, Lebach, Niedersaubach, Primsweiler (= Amt Lebach), Dorf, Gresaubach, Hüttersdorf, Limbach (Kreis Saarlouis), Schmelz (= Amt Schmelz) (s. Wkr. 246), Landkreis Sankt Wendel
248	St. Ingbert	Landkreise Homburg, Sankt Ingbert, vom Landkreis Ottweiler die amtsfreien Gemeinden Elversberg, Neunkirchen/Saar, Spiesen (s. Wkr. 247)

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise
für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland
mit Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 16.11.1973

Schleswig-Holstein und Hamburg

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.1.1973



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

Schleswig-Holstein

- 1 Flensburg
- 2 Schleswig – Eckernförde
- 3 Nordfriesland – Dithmarschen-Nord
- 4 Steinburg – Dithmarschen-Süd
- 5 Rendsburg – Neumünster
- 6 Kiel
- 7 Plön
- 8 Segeberg – Eutin
- 9 Pinneberg
- 10 Stormarn – Herzogtum Lauenburg
- 11 Lübeck

Freie und Hansestadt Hamburg

- 12 Hamburg-Mitte
- 13 Altona
- 14 Eimsbüttel
- 15 Hamburg-Nord I
- 16 Hamburg-Nord II
- 17 Wandsbek
- 18 Bergedorf
- 19 Harburg

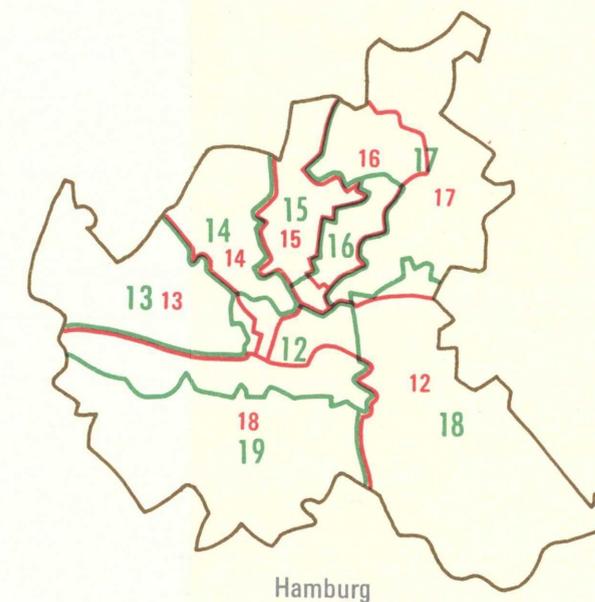
Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

Schleswig-Holstein

- 1 Flensburg – Schleswig
- 2 Nordfriesland – Dithmarschen-Nord
- 3 Steinburg – Dithmarschen-Süd
- 4 Rendsburg – Eckernförde
- 5 Kiel
- 6 Plön – Neumünster
- 7 Pinneberg
- 8 Segeberg – Stormarn-Nord
- 9 Ostholstein
- 10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd
- 11 Lübeck

Freie und Hansestadt Hamburg

- 12 Hamburg-Mitte – Bergedorf
- 13 Altona
- 14 Eimsbüttel
- 15 Hamburg-Nord I
- 16 Hamburg-Nord II
- 17 Wandsbek
- 18 Harburg



Karte der gegenwärtigen Wahlkreise
für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland
mit Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 16.11.1973

Niedersachsen und Bremen

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.3.1974



— Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
20 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
— Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
20 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise

Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- Niedersachsen
- 20 Emden – Leer
 - 21 Wilhelmshaven
 - 22 Oldenburg
 - 23 Delmenhorst – Wesermarsch
 - 24 Cuxhaven
 - 25 Stade
 - 26 Emsland
 - 27 Cloppenburg
 - 28 Hoya
 - 29 Verden
 - 30 Soltau – Harburg
 - 31 Lüneburg – Lüchow-Dannenberg
 - 32 Bersenbrück
 - 33 Osnabrück
 - 34 Nienburg
 - 35 Schaumburg
 - 36 Hannover I
 - 37 Hannover II
 - 38 Hannover III
 - 39 Celle
 - 40 Gifhorn
 - 41 Hameln – Springe
 - 42 Holzminden
 - 43 Hildesheim
 - 44 Salzgitter
 - 45 Braunschweig
 - 46 Helmstedt – Wolfsburg
 - 47 Goslar – Wolfenbüttel
 - 48 Northeim
 - 49 Göttingen

- Freie Hansestadt Bremen
- 50 Bremen-Ost
 - 51 Bremen-West
 - 52 Bremerhaven – Bremen-Nord

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

- Niedersachsen
- 19 Emden – Leer
 - 20 Wilhelmshaven
 - 21 Oldenburg
 - 22 Delmenhorst – Wesermarsch
 - 23 Cuxhaven
 - 24 Stade
 - 25 Emsland
 - 26 Cloppenburg
 - 27 Hoya
 - 28 Verden
 - 29 Soltau – Harburg
 - 30 Lüneburg – Lüchow-Dannenberg
 - 31 Bersenbrück
 - 32 Osnabrück
 - 33 Nienburg
 - 34 Schaumburg
 - 35 Burgdorf
 - 36 Hannover I
 - 37 Hannover II
 - 38 Hannover III
 - 39 Celle
 - 40 Gifhorn
 - 41 Hameln – Springe
 - 42 Holzminden
 - 43 Hildesheim
 - 44 Salzgitter
 - 45 Braunschweig
 - 46 Helmstedt – Wolfsburg
 - 47 Goslar – Wolfenbüttel
 - 48 Northeim
 - 49 Göttingen

- Freie Hansestadt Bremen
- 50 Bremen-Ost
 - 51 Bremen-West
 - 52 Bremerhaven – Bremen-Nord

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland

Nordrhein-Westfalen

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.1.1973

— Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
95 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise

gegenwärtigen Wahlkreise

- 53 Aachen-Stadt
- 54 Aachen-Land
- 55 Heinsberg
- 56 Düren
- 57 Bergheim
- 58 Köln-Land
- 59 Köln I
- 60 Köln II
- 61 Köln III
- 62 Köln IV
- 63 Bonn
- 64 Rhein-Sieg-Kreis I
- 65 Oberbergischer Kreis – Rhein-Sieg-Kreis II
- 66 Rheinisch-Bergischer Kreis
- 67 Leverkusen – Opladen
- 68 Remscheid
- 69 Wuppertal I
- 70 Wuppertal II
- 71 Solingen
- 72 Düsseldorf-Mettmann I
- 73 Düsseldorf-Mettmann II
- 74 Düsseldorf I
- 75 Düsseldorf II
- 76 Düsseldorf III
- 77 Neuss – Grevenbroich I
- 78 Rheydt – Grevenbroich II
- 79 Mönchengladbach
- 80 Krefeld
- 81 Krempen-Krefeld
- 82 Moers
- 83 Kleve
- 84 Dinslaken
- 85 Oberhausen
- 86 Mülheim
- 87 Essen I
- 88 Essen II
- 89 Essen III
- 90 Duisburg I
- 91 Duisburg II
- 92 Ahaus – Bocholt
- 93 Tecklenburg
- 94 Beckum – Warendorf
- 95 Münster
- 96 Steinfurt – Coesfeld
- 97 Gelsenkirchen I
- 98 Gelsenkirchen II
- 99 Recklinghausen-Land
- 100 Recklinghausen-Stadt
- 101 Bottrop – Gladbeck
- 102 Höxter
- 103 Bielefeld-Land
- 104 Bielefeld-Stadt
- 105 Detmold – Lippe
- 106 Paderborn – Wiedenbrück
- 107 Herford
- 108 Minden
- 109 Lüdinghausen
- 110 Wanne-Eickel–Wattenscheid
- 111 Herne – Castrop-Rauxel
- 112 Ennepe-Ruhr-Kreis
- 113 Hagen
- 114 Dortmund I
- 115 Dortmund II
- 116 Dortmund III
- 117 Bochum
- 118 Bochum – Witten
- 119 Iserlohn
- 120 Lippstadt – Brilon
- 121 Olpe – Meschede
- 122 Arnsberg – Soest
- 123 Unna
- 124 Lüdenscheid



Karte der gegenwärtigen Wahlkreise für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland mit Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 16.11.1973

Hessen

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.1.1974

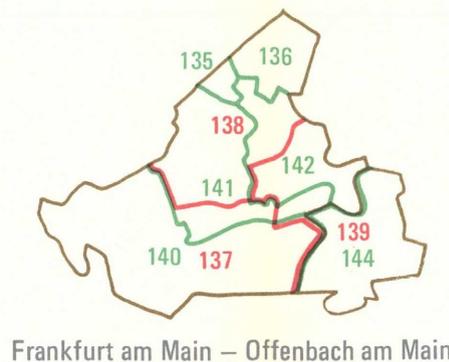
Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- 126 Waldeck
- 127 Kassel
- 128 Eschwege
- 129 Fritzlar-Homberg
- 130 Hersfeld
- 131 Marburg
- 132 Wetzlar
- 133 Gießen
- 134 Fulda
- 135 Obertaunuskreis (Hochtaunuskreis)
- 136 Friedberg
- 137 Limburg
- 138 Wiesbaden
- 139 Hanau
- 140 Frankfurt I
- 141 Frankfurt II
- 142 Frankfurt III
- 143 Groß-Gerau
- 144 Offenbach
- 145 Darmstadt
- 146 Dieburg
- 147 Bergstraße

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

- 124 Kassel-Land
- 125 Kassel-Stadt
- 126 Waldeck
- 127 Hersfeld
- 128 Vogelsberg
- 129 Marburg
- 130 Wetzlar
- 131 Fulda
- 132 Gießen
- 133 Limburg
- 134 Wetterau
- 135 Hanau
- 136 Hochtaunus
- 137 Frankfurt I
- 138 Frankfurt II
- 139 Frankfurt III – Offenbach-Stadt
- 140 Wiesbaden
- 141 Groß-Gerau
- 142 Offenbach-Land
- 143 Odenwald
- 144 Darmstadt
- 145 Bergstraße

— Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
131 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
— Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
131 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise



Frankfurt am Main – Offenbach am Main

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise
für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland
mit Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 16.11.1973

Baden-Württemberg

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.1.1973



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- 164 Stuttgart I
- 165 Stuttgart II
- 166 Stuttgart III
- 167 Ludwigsburg
- 168 Heilbronn
- 169 Leonberg – Vaihingen
- 170 Nürtingen – Böblingen
- 171 Esslingen
- 172 Göppingen
- 173 Ulm
- 174 Aalen – Heidenheim
- 175 Schwäbisch Gmünd – Backnang
- 176 Crailsheim
- 177 Waiblingen
- 178 Karlsruhe
- 179 Mannheim I
- 180 Mannheim II
- 181 Heidelberg-Stadt
- 182 Pforzheim – Karlsruhe-Land I
- 183 Bruchsal – Karlsruhe-Land II
- 184 Heidelberg-Land – Sinsheim
- 185 Tauberbischofsheim
- 186 Konstanz
- 187 Donaueschingen
- 188 Waldshut
- 189 Lörrach – Müllheim
- 190 Freiburg
- 191 Emmendingen – Wolfach
- 192 Offenburg
- 193 Rastatt
- 194 Reutlingen
- 195 Calw
- 196 Rottweil
- 197 Balingen
- 198 Biberach
- 199 Ravensburg

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

- 162 Stuttgart-Süd
- 163 Stuttgart-Nord
- 164 Waiblingen
- 165 Backnang – Schwäbisch Gmünd
- 166 Aalen – Heidenheim
- 167 Göppingen
- 168 Esslingen
- 169 Nürtingen
- 170 Böblingen
- 171 Ludwigsburg
- 172 Marbach – Eppingen
- 173 Heilbronn
- 174 Schwäbisch-Hall – Künzelsau
- 175 Mosbach – Tauberbischofsheim
- 176 Mannheim-West
- 177 Mannheim-Ost
- 178 Heidelberg
- 179 Sinsheim – Wiesloch
- 180 Bruchsal
- 181 Karlsruhe
- 182 Pforzheim
- 183 Rastatt
- 184 Calw – Freudenstadt
- 185 Offenburg
- 186 Emmendingen – Lahr
- 187 Freiburg
- 188 Lörrach
- 189 Waldshut
- 190 Villingen-Schwenningen
- 191 Rottweil – Tuttlingen
- 192 Konstanz
- 193 Sigmaringen
- 194 Tübingen
- 195 Reutlingen
- 196 Ulm
- 197 Biberach – Wangen
- 198 Friedrichshafen – Ravensburg

— Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
188 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
— Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
188 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise

für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland
mit Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 16.11.1973

Rheinland-Pfalz

Stand der Verwaltungsgrenzen 16.3.1974



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- 148 Neuwied
- 149 Ahrweiler
- 150 Koblenz
- 151 Cochem
- 152 Kreuznach
- 153 Bitburg
- 154 Trier
- 155 Montabaur
- 156 Mainz
- 157 Worms
- 158 Frankenthal
- 159 Ludwigshafen
- 160 Neustadt – Speyer
- 161 Kaiserslautern
- 162 Pirmasens
- 163 Landau

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

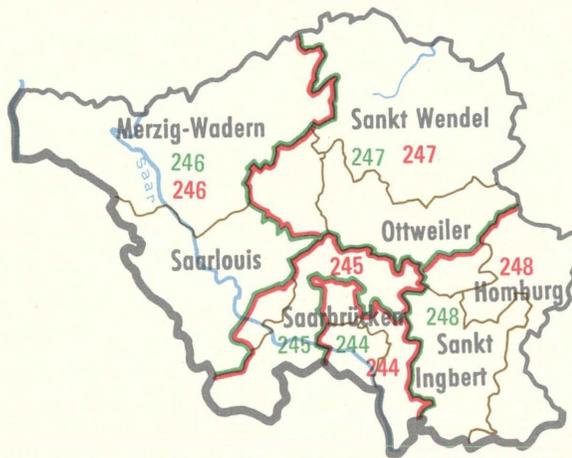
- 146 Neuwied
- 147 Ahrweiler
- 148 Koblenz
- 149 Cochem
- 150 Kreuznach
- 151 Bitburg
- 152 Trier
- 153 Montabaur
- 154 Mainz
- 155 Worms
- 156 Frankenthal
- 157 Ludwigshafen
- 158 Neustadt – Speyer
- 159 Kaiserslautern
- 160 Pirmasens
- 161 Landau

- Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
- 156 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
- Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
- 154 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise

**Karte der gegenwärtigen Wahlkreise
für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland
mit Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 16.11.1973**

Saarland

Stand der Verwaltungsgrenzen 1.1.1973



Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- 244 Saarbrücken-Stadt
- 245 Saarbrücken-Land
- 246 Saarlouis
- 247 Ottweiler
- 248 St. Ingbert

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

- 244 Saarbrücken-Stadt
- 245 Saarbrücken-Land
- 246 Saarlouis
- 247 Ottweiler
- 248 St. Ingbert

- Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
- 248 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
- Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
- 248 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise

Karte der gegenwärtigen Wahlkreise
für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland
mit Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 16.11.1973

Bayern

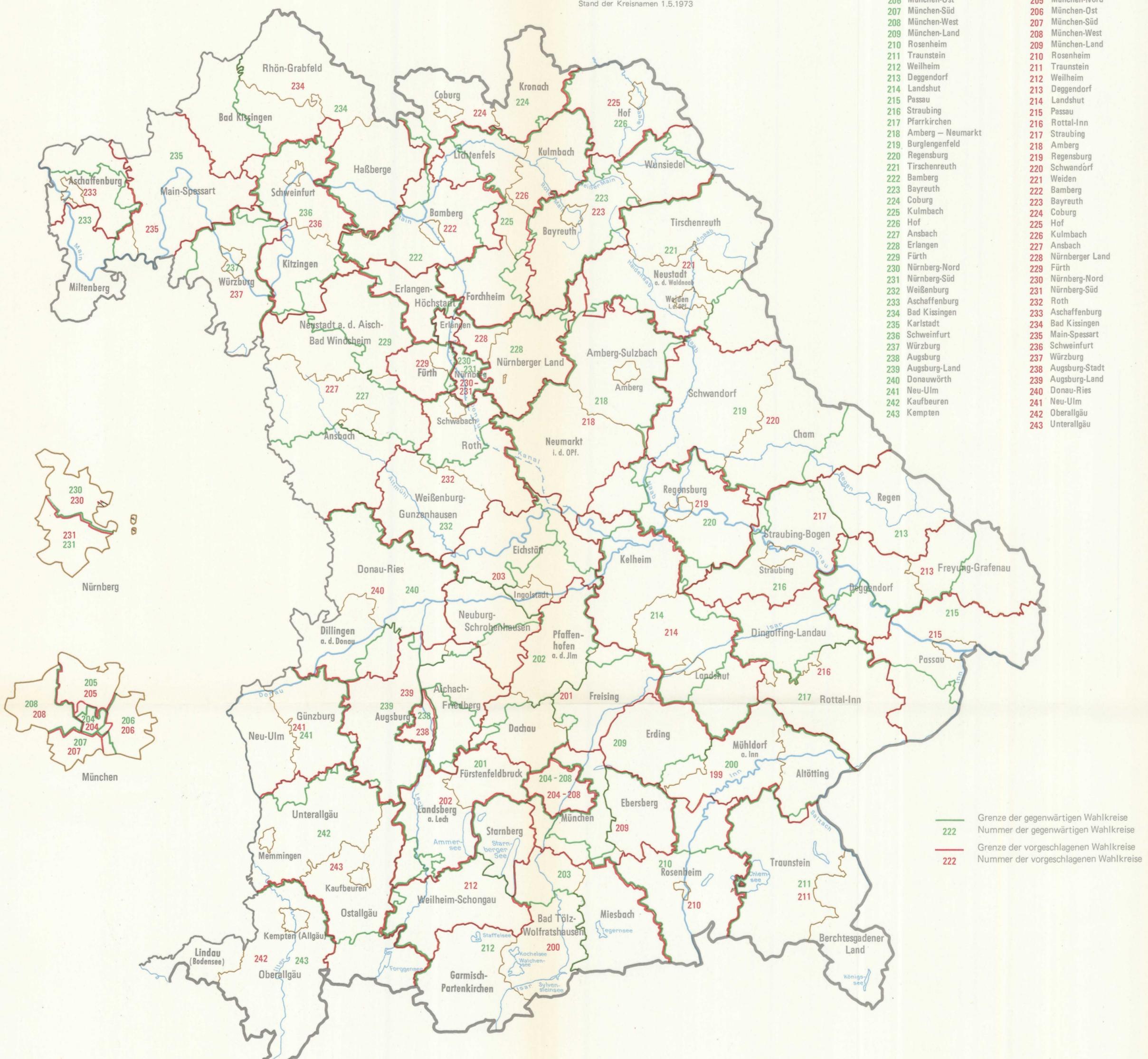
Stand der Verwaltungsgrenzen 1.1.1973
Stand der Kreisnamen 1.5.1973

Verzeichnis der gegenwärtigen Wahlkreise

- 200 Altötting
- 201 Fürstenfeldbruck
- 202 Ingolstadt
- 203 Miesbach
- 204 München-Mitte
- 205 München-Nord
- 206 München-Ost
- 207 München-Süd
- 208 München-West
- 209 München-Land
- 210 Rosenheim
- 211 Traunstein
- 212 Weilheim
- 213 Deggendorf
- 214 Landshut
- 215 Passau
- 216 Straubing
- 217 Pfarrkirchen
- 218 Amberg - Neumarkt
- 219 Burglengenfeld
- 220 Regensburg
- 221 Tirschenreuth
- 222 Bamberg
- 223 Bayreuth
- 224 Coburg
- 225 Kulmbach
- 226 Hof
- 227 Ansbach
- 228 Erlangen
- 229 Fürth
- 230 Nürnberg-Nord
- 231 Nürnberg-Süd
- 232 Weißenburg
- 233 Aschaffenburg
- 234 Bad Kissingen
- 235 Karlstadt
- 236 Schweinfurt
- 237 Würzburg
- 238 Augsburg
- 239 Augsburg-Land
- 240 Donauwörth
- 241 Neu-Ulm
- 242 Kaufbeuren
- 243 Kempten

Verzeichnis der vorgeschlagenen Wahlkreise

- 199 Altötting
- 200 Bad Tölz
- 201 Freising
- 202 Fürstenfeldbruck
- 203 Ingolstadt
- 204 München-Mitte
- 205 München-Nord
- 206 München-Ost
- 207 München-Süd
- 208 München-West
- 209 München-Land
- 210 Rosenheim
- 211 Traunstein
- 212 Weilheim
- 213 Deggendorf
- 214 Landshut
- 215 Passau
- 216 Rottal-Inn
- 217 Straubing
- 218 Amberg
- 219 Regensburg
- 220 Schwandorf
- 221 Weiden
- 222 Bamberg
- 223 Bayreuth
- 224 Coburg
- 225 Hof
- 226 Kulmbach
- 227 Ansbach
- 228 Nürnberger Land
- 229 Fürth
- 230 Nürnberg-Nord
- 231 Nürnberg-Süd
- 232 Roth
- 233 Aschaffenburg
- 234 Bad Kissingen
- 235 Main-Spessart
- 236 Schweinfurt
- 237 Würzburg
- 238 Augsburg-Stadt
- 239 Augsburg-Land
- 240 Donau-Ries
- 241 Neu-Ulm
- 242 Oberallgäu
- 243 Unterallgäu



— Grenze der gegenwärtigen Wahlkreise
222 Nummer der gegenwärtigen Wahlkreise
— Grenze der vorgeschlagenen Wahlkreise
222 Nummer der vorgeschlagenen Wahlkreise